

No. 36474

**Venezuela
and
Germany**

**Convention between the Republic of Venezuela and the Federal Republic of Germany
for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on
capital (with protocol). Caracas, 8 February 1995**

Entry into force: *19 August 1997 by notification, in accordance with article 28*

Authentic texts: *German and Spanish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Venezuela, 9 February 2000*

**Venezuela
et
Allemagne**

**Convention entre la République du Venezuela et la République fédérale d'Allemagne
tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la
fortune (avec protocole). Caracas, 8 février 1995**

Entrée en vigueur : *19 août 1997 par notification, conformément à l'article 28*

Textes authentiques : *allemand et espagnol*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Venezuela, 9 février 2000*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Republik Venezuela
und der Bundesrepublik Deutschland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**

Die Republik Venezuela

und

die Bundesrepublik Deutschland -

von dem Wunsch geleitet, ihre Wirtschaftsbeziehungen durch die Beseitigung von steuerlichen Hindernissen zu vertiefen -

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel 1

Geltungsbereich des Abkommens

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines der beiden

Vertragsstaaten und, im Falle der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern der Unternehmen sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer und
die Gewerbesteuer,

im folgenden als "deutsche Steuer" bezeichnet;

- b) in der Republik Venezuela:

die Einkommensteuer (impuesto sobre la renta), im folgenden als "venezolanische Steuer" bezeichnet.

(4) Das Abkommen gilt auch für Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die nach seiner Unterzeichnung neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle eingeführt werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander am Ende eines jeden Jahres die in ihren Steuergesetzen eingetretenen wesentlichen Änderungen mit.

Kapitel 2

Begriffsbestimmungen

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn aus dem Zusammenhang nichts anderes hervorgeht,

- a) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat" je nach dem Zusammenhang die Bundesrepublik Deutschland oder die Republik Venezuela;
- b) bedeutet "Bundesrepublik Deutschland" das Gebiet, in dem das Steuerrecht der Bundesrepublik Deutschland gilt, einschließlich des an das Küstenmeer angrenzenden Gebiets, des Meeresgrunds, des Meeresuntergrunds und der darüberliegenden Wassersäule, soweit die Bundesrepublik Deutschland dort zur Erforschung und zur Ausbeutung der Naturschätze in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Hoheitsbefugnisse ausübt;
- c) bedeutet "Republik Venezuela" das Hoheitsgebiet der Republik Venezuela;
- d) bedeutet der Ausdruck "Person" natürliche Personen und Gesellschaften;
- e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) hat der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsgrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen oder anderen Naturschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen;
- g) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;

- h) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
 - aa) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;
 - bb) in bezug auf die Republik Venezuela alle natürlichen Personen, die die venezolanische Staatsangehörigkeit besitzen, sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Republik Venezuela geltenden Recht errichtet worden sind;
- i) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen zwei Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- j) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde" auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen und auf seiten der Republik Venezuela das Ministerium der Finanzen (Ministerio de Hacienda), vertreten durch die Generaldirektion für Einkommen (Dirección General Sectorial de Rentas) oder die sie vertretende Dienststelle.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn aus dem Zusammenhang nichts anderes hervorgeht, jeder dort nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt. Der Ausdruck "Recht dieses Staates" bedeutet im wesentlichen das "Steuerrecht" dieses Staates.

Artikel 4 Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfaßt jedoch nicht Personen, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig sind.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine Gesellschaft in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer zwölf Monate ab dem tatsächlichen Beginn der entsprechenden Arbeiten überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren zu erwerben oder Informationen zu beschaffen;

- e) **eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;**

- f) **eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.**

(5) Ist eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6, für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird des Unternehmens ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, die Tätigkeiten der Personen beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Kapitel 3

Besteuerung des Einkommens und des Vermögens

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7 Unternehmensgewinne

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstehen.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat in besonders gelagerten Fällen unmöglich oder mit unzumutbaren Schwierigkeiten verbunden ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne nach Absatz 2 zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Erwerbs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gebören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8 Seeschifffahrt und Luftfahrt

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

(3) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

(4) Die vorstehenden Absätze berühren nicht die Bestimmungen des Abkommens vom 23. November 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Venezuela zur Vermeidung der Doppelbesteuerung der Unternehmen der Luftfahrt und der Seeschifffahrt.

Artikel 9 Verbundene Unternehmen

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist
oder

- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10 Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Dividenden der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, die an eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft) gezahlt werden, die über mindestens 15 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, und
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet:

- a) Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten, ausgenommen Forderungen, mit Gewinnbeteiligung und
- b) sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden, oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11 Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staats besteuert werden; die Steuer darf aber 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist.

(2) ungeachtet des Absatzes 1 gilt folgendes:

- a) Zinsen, die aus der Bundesrepublik Deutschland stammen und an die Regierung der Republik Venezuela, den Fondo de Inversiones de Venezuela, den Fondo de Financiamiento de las Exportaciones und den Banco Central de Venezuela gezahlt werden, sind von der deutschen Steuer befreit;
- b) Zinsen, die aus der Republik Venezuela stammen und an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Bundesbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft gezahlt werden, sowie

Zinsen aus Darlehen, die durch die deutsche Regierung verbürgt oder finanziert werden (Hermes-Deckung), sind von der venezolanischen Steuer befreit.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Loanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12 Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 5 vom Hundert des Bruttobetrag der Lizenzgebühren nicht übersteigen, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder oder eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder der festen Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13
Gewinne aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Absatz 4 berührt nicht das Recht eines Vertragsstaats, nach Maßgabe seiner eigenen gesetzlichen Bestimmungen die Gewinne zu besteuern, die eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Aktien oder Anrechten auf Vorzugsaktien einer im erstgenannten Staat nach dessen Recht ansässigen Gesellschaft erzielt, deren Kapital ganz oder teilweise aus Aktien besteht, wenn diese Person während der letzten fünf Jahre vor Veräußerung der Aktien oder Anrechte auf Vorzugsaktien im erstgenannten Staat ansässig war.

Artikel 14 Selbständige Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, der Person steht im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich eine feste Einrichtung zur Verfügung. Dabei können nur die Einkünfte besteuert werden, die dieser festen Einrichtung zuzurechnen sind.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie

die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15 Unselbständige Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Löhne, Gehälter und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, im anderen Vertragsstaat nur besteuert werden, wenn die Arbeit dort ausgeübt wird.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahrs aufhält;
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütung nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines im internationalen Verkehr betriebenen Seeschiffs oder Luftfahrzeugs ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 16 Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen

Beteiligungen, Sitzungsgelder und ähnliche Entgelte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können im anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17
Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 oder 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Diese Einkünfte werden jedoch in dem in Absatz 1 genannten Staat nicht besteuert, wenn die Tätigkeit bei einem Aufenthalt in diesem Staat durch eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ausgeübt wird und der Aufenthalt unmittelbar oder mittelbar vom anderen Staat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert wird.

Artikel 18
Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19
Öffentlicher Dienst

(1) Vergütungen, einschließlich Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für die diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden,

die natürliche Person in diesem Staat ansässig und nicht Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen eines Entwicklungshilfeprogramms eines Vertragsstaats, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften aus Mitteln, die ausschließlich von diesem Staat, dem Land oder der Gebietskörperschaft bereitgestellt werden, an Fachkräfte oder freiwillige Helfer gezahlt werden, die in den anderen Vertragsstaat mit dessen Zustimmung entsandt worden sind.

Artikel 20

Lehrer sowie Studenten und andere in der Ausbildung stehende Personen

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei dieser Einrichtung aufhält oder die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Eine natürliche Person, die sich in einem Vertragsstaat lediglich als

- a) Student einer Universität, einer Hochschule oder Schule dieses Vertragsstaats,
- b) Auszubildender oder Praktikant,
- c) Empfänger eines Zuschusses, Unterhaltsbeitrags oder Stipendiums einer religiösen, mildtätigen, wissenschaftlichen oder pädagogischen Organisation vornehmlich zum Studium oder zu Forschungsarbeiten oder
- d) Mitarbeiter eines Programms der technischen Zusammenarbeit, an dem die Regierung dieses Vertragsstaats beteiligt ist,

aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Vertragsstaat ansässig war, ist mit den für ihren Unterhalt, ihr Studium oder ihre Ausbildung bestimmten Überweisungen aus dem Ausland in dem erstgenannten Staat von der Steuer befreit.

Artikel 21 Andere Einkünfte

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus Quellen im anderen Vertragsstaat aus der Vermietung beweglichen Vermögens (leasing) sowie aus Treuhandschaften bezieht, in diesem Staat besteuert werden.

(3) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

Artikel 22 Vermögen

(1) Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Kapitel 4

Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung

Artikel 23

Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die entsprechende Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Die Einkünfte aus der Republik Venezuela sowie die dort gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen dort besteuert werden können, werden von der deutschen Steuer befreit, sofern nicht die Anrechnung nach Buchstabe b durchzuführen ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so befreiten Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuerersatzes zu berücksichtigen.

Für Dividenden gilt die Befreiung nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft (jedoch nicht an eine Personengesellschaft) von einer in der Republik Venezuela ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 15 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Von der Steuer vom Vermögen werden Beteiligungen befreit, wenn deren Dividenden, falls solche gezahlt werden oder gezahlt worden wären, nach dem vorhergehenden Satz zu befreien sind oder wären.

b) Auf die von den nachstehenden Einkünften aus der Republik Venezuela und den dort gelegenen Vermögenswerten zu erhebende deutsche Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die venezolanische Steuer angerechnet, die nach venezolanischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für:

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Zinsen;
- cc) Lizenzgebühren;
- dd) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
- ee) Einkünfte von Künstlern und Sportlern;
- ff) unbewegliches Vermögen und Einkünfte hieraus.

Dies gilt nicht, wenn das unbewegliche Vermögen tatsächlich zu einer in Artikel 7 erwähnten und in der Republik Venezuela gelegenen Betriebsstätte oder zu einer in der Republik Venezuela gelegenen festen Einrichtung im Sinn des Artikels 14 gehört, es sei denn, daß Buchstabe a gemäß Buchstabe d nicht für die Gewinne der Betriebsstätte gilt.

- gg) Einkünfte gemäß Artikel 13 Absatz 5;
- hh) Einkünfte gemäß Artikel 21 Absatz 3.

c) Senkt die Republik Venezuela die internen Steuersätze auf Grund eines zeitlich begrenzten Programms zur Schaffung steuerlicher Anreize zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sowie zu dem Zweck, in den Gemäß der im vorstehenden Absatz vorgesehenen Anrechnung zu kommen, so wird die venezolanische Steuer für einen Zeitraum von zehn Jahren ab seinem Inkrafttreten bis zu folgender Höhe berücksichtigt:

- aa) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der unter Doppelbuchstabe aa genannten Dividenden,
- bb) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der unter Doppelbuchstabe bb genannten Zinsen,
- cc) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der unter Doppelbuchstabe cc genannten Lizenzgebühren.

- d) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a werden Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und Gewinne aus der Veräußerung des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte sowie die diesen Gewinnen zugrundeliegenden Vermögenswerte nur dann von der deutschen Steuer befreit, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Einnahmen der Betriebsstätte oder Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich aus aktiven Tätigkeiten stammen.

Für Einkünfte im Sinne des Artikels 10 und die diesen Einkünften zugrundeliegenden Vermögenswerte gilt die Befreiung auch dann, wenn die Dividenden aus Beteiligungen an anderen in der Republik Venezuela ansässigen Gesellschaften stammen, die aktive Tätigkeiten ausüben und an denen die zuletzt ausschüttende Gesellschaft zu mehr als 25 vom Hundert beteiligt ist.

Als aktive Tätigkeiten gelten die Herstellung und der Verkauf von Gütern oder Waren, technische Beratung und technische Dienstleistungen sowie Bank- und Versicherungsgeschäfte in der Republik Venezuela.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist vorbehaltlich der fiktiven Anrechnung nach Buchstabe c nur das Anrechnungsverfahren nach Buchstabe b anzuwenden.

(2) Bei einer in der Republik Venezuela ansässigen Person wird die entsprechende Steuer wie folgt festgesetzt:

Bezieht eine in der Republik Venezuela ansässige Person Einkünfte, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so sind diese Einkünfte von der venezolanischen Steuer vom Einkommen befreit.

Kapitel 5

Besondere Bestimmungen

Artikel 24 Gleichbehandlung

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem der Vertragsstaaten ansässig sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 6 oder Artikel 12 Absatz 5 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt ungeachtet des Artikels 2 für Steuern jeder Art und Bezeichnung.

Artikel 25 Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen können, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, falls Artikel 24 Absatz 1 anzuwenden ist, des Vertragsstaats, dessen Staatsangehöriger sie ist, unterbreiten. Der Fall muß innerhalb von zwei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können in gegenseitigem Einvernehmen festlegen, in welcher Form die im Abkommen vorgesehenen Steuerermäßigungen gewährt werden.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26 Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhält, sind ebenso geheimzuhalten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behör-

den (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Rechtsfeststellung oder Vollstreckung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden verwenden diese Informationen ausschließlich für die genannten Zwecke. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 27

Diplomatische und konsularische Vorrechte

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen sowie internationaler Organisationen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

(2) Ungeachtet des Artikels 4 wird eine natürliche Person, die Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung ist, die ein Vertragsstaat in dem anderen Vertragsstaat oder in einem dritten Staat hat, für Zwecke dieses Abkommens als Anässige des Entsendestaats angesehen, wenn sie

- a) nach dem Völkerrecht im Empfangsstaat mit Einkünften aus Quellen außerhalb dieses Staates nicht besteuert wird und
- b) im Entsendestaat mit ihrem Welteinkommen denselben steuerlichen Verpflichtungen unterliegt wie Anässige dieses Staates.

Kapitel 6

Schlußbestimmungen

Artikel 28 Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierungen der Vertragsstaaten einander notifiziert haben, daß die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Die Bestimmungen sind anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29 Kündigung

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft; jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.

Geschehen zu *Caracas*

am *8 Februar*

1995 .

in zwei Urschriften, jede in spanischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Republik Venezuela



Für die Bundesrepublik Deutschland

Protokoll

**Die Republik Venezuela
und
die Bundesrepublik Deutschland**

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am
in die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

(1) Zu Artikel 7

- a) Einer Bauausführung oder Montage können in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, nur die Gewinne aus dieser Tätigkeit zugerechnet werden. Gewinne, die auf Grund von Warenlieferungen der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder eines Dritten im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit oder unabhängig davon erzielt werden, werden der Bauausführung oder Montage nicht zugerechnet.
- b) Einkünfte, die auf Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten sowie technische Dienstleistungen entfallen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in diesem Vertragsstaat erbringt und die im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat unterhaltenen Betriebsstätte stehen, werden dieser Betriebsstätte nicht zugerechnet.
- c) Es wird davon ausgegangen, daß Zahlungen im Zusammenhang mit technischer Hilfe als Unternehmensgewinne nach Artikel 7 gelten.

(2) Zu Artikel 10

Bezüglich des Artikels 10 Absatz 2 gilt folgendes: Für die Zwecke der Besteuerung in der Bundesrepublik Deutschland schließt der Ausdruck "Dividenden" die Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter sowie die ausgeschütteten Gewinne auf Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften ein.

3) Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel können Dividenden und Zinsen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung oder aus partiarischen Darlehen oder Gewinnobligationen im Sinne des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland) beruhen und
- b) bei der Ermittlung der Gewinne des Schuldners der Dividenden oder Zinsen abzugsfähig sind.

(4) Zu Artikel 23

Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus Quellen innerhalb der Republik Venezuela zur Ausschüttung, so schließt Absatz 1 die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.

(4) Zu den Artikeln 23 und 25

Die Bundesrepublik Deutschland vermeidet die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b und nicht durch Steuerbefreiung im Sinne des Artikels 23 Absatz 1 Buchstabe a,

- a) wenn die Einkünfte oder Vermögenswerte in den Vertragsstaaten verschiedenen Bestimmungen des Abkommens zuzuordnen oder verschiedenen Personen (mit Ausnahme der in Artikel 9 genannten Personen) zuzurechnen sind und dieser Konflikt nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 beigelegt werden kann, und
 - aa) wenn die entsprechenden Einkünfte oder Vermögenswerte infolge dieser Zuordnung oder Zurechnung Gegenstand einer Doppelbesteuerung sind, oder

- bb) wenn die entsprechenden Einkünfte oder Vermögenswerte infolge dieser Zuordnung oder Zurechnung in der Republik Venezuela unbesteuert bleiben oder unangemessen niedrig besteuert werden und (vorbehaltlich der Anwendung dieses Absatzes) in der Bundesrepublik Deutschland von der Steuer befreit sind; oder
- b) wenn die Bundesrepublik Deutschland der Republik Venezuela im Rahmen der vorgeschriebenen Beratung und vorbehaltlich der Einschränkungen nach ihrem innerstaatlichen Recht auf diplomatischem Weg sonstige Einkünfte mitgeteilt hat, für die sie die Anwendung dieses Absatzes vorsieht, um zu verhindern, daß Einkünfte in beiden Vertragsstaaten von der Steuer befreit sind oder sonstige Regelungen zur Umgehung des Abkommen getroffen werden.

Im Falle einer Mitteilung nach Buchstabe b kann die Republik Venezuela vorbehaltlich einer Mitteilung auf diplomatischem Weg die genannten Einkünfte auf Grund des Abkommens entsprechend der Charakterisierung der Einkünfte durch die Bundesrepublik Deutschland näher bezeichnen. Eine Mitteilung nach Maßgabe dieses Absatzes wird mit dem ersten Tag des auf das Jahr der Mitteilung folgenden Kalenderjahrs wirksam, wenn alle gesetzlichen Voraussetzungen für ihr Wirksamwerden nach dem innerstaatlichen Recht des mitteilenden Staates erfüllt sind.

(6) Zu Artikel 26

Soweit nach diesem Artikel personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend hierzu die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die übermittelnden Vertragsstaaten sind verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten zu achten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- b) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.

- c) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.
- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt.
- e) Das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, richtet sich nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

CONVENIO ENTRE LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA Y LA REPUBLICA
DE VENEZUELA PARA EVITAR LA DOBLE IMPOSICION EN MATERIA
DE IMPUESTOS SOBRE LA RENTA Y SOBRE EL PATRIMONIO

La República Federal de Alemania y

La República de Venezuela.

Deseando intensificar sus relaciones económicas mediante la
supresión de obstáculos de índole fiscal,

Han convenido lo siguiente:

CAPITULO I
AMBITO DE APLICACION DEL CONVENIO

ARTICULO 1
AMBITO PERSONAL

El presente Convenio se aplica a las personas residentes de
uno o de ambos Estados Contratantes.

ARTICULO 2
IMPUESTOS COMPRENDIDOS

1.- El presente Convenio se aplica a los Impuestos sobre la
Renta y sobre el Patrimonio exigibles por cada uno de los Estados
Contratantes y en el caso de la República Federal de Alemania sus
Estados Federados, sus subdivisiones políticas o sus entidades
locales, cualquiera que sea el sistema de su recaudación.

2.- Se consideran Impuestos sobre la Renta y sobre el
Patrimonio los que gravan la totalidad de la renta o del
patrimonio o cualquier parte de los mismos, incluidos los
impuestos sobre las ganancias derivadas de la enajenación de
bienes muebles o inmuebles, los impuestos sobre el importe de
sueldos o salarios pagados por las empresas, así como los
impuestos sobre las plusvalías.

3.- Los impuestos actuales a los que concretamente se aplica este Convenio son:

- a) en la República Federal de Alemania:
 - el Einkommensteuer (impuesto sobre la renta),
 - el Koerperschaftsteuer (impuesto sobre sociedades),
 - el Vermoegensteuer (impuesto sobre el patrimonio), y
 - el Gewerbesteuer (impuesto sobre las explotaciones industriales y comerciales), que en lo sucesivo se denominan "impuesto alemán";
- b) en la República de Venezuela, el impuesto sobre la renta, que en lo sucesivo se denomina "impuesto venezolano".

4.- El Convenio se aplicará igualmente a los impuestos de naturaleza idéntica o análoga que se establezcan con posterioridad a la fecha de la firma del mismo y que se añadan a los actuales o los sustituyan. Al final de cada año las autoridades competentes de los Estados Contratantes se comunicarán mutuamente las modificaciones sustanciales que se hayan introducido en sus respectivas legislaciones fiscales.

CAPITULO II DEFINICIONES

ARTICULO 3 DEFINICIONES GENERALES

1.- A los efectos del presente Convenio, a menos que de su contexto se infiera una interpretación diferente:

- a) las expresiones "un Estado Contratante" y "el otro Estado Contratante" significan la República Federal de Alemania o la República de Venezuela, según se derive del contexto;
- b) "República Federal de Alemania" significa el territorio en el cual es de aplicación el derecho fiscal de la República Federal de Alemania, incluida el área adyacente al mar territorial, el lecho y el subsuelo del mar y la columna de agua suprayacente a la misma, en la medida en que la

República Federal de Alemania ejerza en ella, de conformidad con el Derecho Internacional, derechos de soberanía y jurisdicción para los fines de exploración y explotación de sus recursos naturales;

c) "República de Venezuela" significa el territorio de la República de Venezuela;

d) el término "persona" significa las personas naturales y las sociedades.

e) el término "sociedades" significa cualquier "persona jurídica" o entidad que se considere persona jurídica a efectos impositivos;

f) la expresión "bienes inmuebles" tendrá el significado que le atribuya el derecho del Estado Contratante en que los bienes en cuestión estén situados. Dicha expresión comprende en todo caso los accesorios, el ganado y equipo utilizado en las explotaciones agrícolas y forestales, los derechos a los que se apliquen las disposiciones de derecho privado relativas a los bienes raíces, el usufructo de bienes inmuebles y los derechos a percibir pagos variables o fijos por la explotación o la concesión de la explotación de yacimientos minerales, fuentes y otros recursos naturales; los buques, embarcaciones y aeronaves no se consideran bienes inmuebles;

g) las expresiones "empresa de un Estado Contratante" y "empresa del otro Estado Contratante" significan, respectivamente, una empresa explotada por un residente de un Estado Contratante y una empresa explotada por un residente del otro Estado Contratante;

h) el término "nacional" significa:

aa) en relación con la República Federal de Alemania, todos los alemanes en el sentido del párrafo 1 del artículo 116 de la ley Fundamental de la República Federal de Alemania, así como todas las personas jurídicas, sociedades de personas y otras asociaciones de personas constituidas conforme al derecho vigente en la República Federal de Alemania;

bb) en relación con la República de Venezuela, todas las personas naturales que posean la nacionalidad venezolana y todas las personas jurídicas, sociedades de personas y otras asociaciones de personas constituidas conforme al derecho vigente en la República de Venezuela;

i) la expresión "tráfico internacional" significa todo transporte efectuado por un buque o aeronave explotado por una empresa cuya sede de dirección efectiva esté situada en un Estado Contratante, salvo cuando el buque o aeronave no sea objeto de explotación más que entre dos puntos situados en el otro Estado Contratante;

j) la expresión "autoridad competente" significa, en el caso de la República Federal de Alemania, el Ministerio Federal de Hacienda, y en el caso de la República de Venezuela, el Ministerio de Hacienda, a través de la Dirección General Sectorial de Rentas o la oficina que haga sus veces.

2.- Para la aplicación del Convenio por un Estado Contratante, cualquier expresión no definida en el mismo tendrá, a menos que de su contexto se infiera una interpretación diferente, el significado que se le atribuya por la legislación de este Estado relativa a los impuestos que son objeto del Convenio. El término "legislación de este Estado" significa principalmente la "Ley Fiscal" de ese Estado.

ARTICULO 4 RESIDENTE

1.- A los efectos de este Convenio, la expresión "residente de un Estado Contratante" significa toda persona que en virtud de la legislación de este Estado esté sujeta a imposición en él por razón de su domicilio, residencia, sede de dirección o cualquier otro criterio de naturaleza análoga. Sin embargo, esta expresión no incluye a las personas que estén sujetas a imposición en este Estado exclusivamente por las rentas que obtengan de fuentes situadas en el citado Estado o por el patrimonio que posean en el mismo.

2.- Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1 una persona natural sea residente de ambos Estados Contratantes, su situación se resolverá de la siguiente manera:

a) esta persona será considerada residente del Estado donde tenga una vivienda permanente a su disposición; si tuviera una vivienda permanente a su disposición en ambos Estados, se considerará residente del Estado con el que mantenga relaciones personales y económicas más estrechas (centro de intereses vitales);

b) si no pudiera determinarse el Estado en el que dicha persona tiene su centro de intereses vitales, o si no tuviera una vivienda permanente a su disposición en ninguno de los Estados, se considerará residente del Estado Contratante donde viva habitualmente;

c) si viviera habitualmente en ambos Estados o no lo hiciera en ninguno de ellos, se considerará residente del Estado del que sea nacional;

d) si fuese nacional de ambos Estados o no lo fuera de ninguno de ellos, las autoridades competentes de los dos Estados Contratantes resolverán el caso de común acuerdo.

3.- Cuando en virtud de las disposiciones del párrafo 1 una sociedad sea residente de ambos Estados Contratantes, se considerará residente del Estado en que se encuentre su sede de dirección efectiva.

ARTICULO 5 ESTABLECIMIENTO PERMANENTE

1.- A efectos del presente Convenio, la expresión "establecimiento permanente" significa un lugar fijo de negocios mediante el cual una empresa realiza toda o parte de su actividad.

2.- La expresión "establecimiento permanente" comprende, en especial:

- a) las sedes de dirección;
- b) las sucursales;
- c) las oficinas;
- d) las fábricas;
- e) los talleres;
- f) las minas, los pozos de petróleo o de gas, las canteras o cualquier otro lugar de extracción de recursos naturales.

3.- Una obra de construcción, instalación o montaje sólo constituye establecimiento permanente si su duración excede de doce meses, a partir del momento en que empiecen efectivamente los trabajos respectivos.

4.- No obstante lo dispuesto anteriormente en este artículo, se considera que el término "establecimiento permanente" no incluye:

a) la utilización de instalaciones con el único fin de almacenar, exponer o entregar bienes o mercancías pertenecientes a la empresa;

b) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de almacenarlas, exponerlas o entregarlas;

c) el mantenimiento de un depósito de bienes o mercancías pertenecientes a la empresa con el único fin de que sean transformadas por otra empresa;

d) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de adquirir bienes o mercancías o de recoger información para la empresa;

e) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin de realizar para la empresa cualquier otra actividad de carácter auxiliar o preparatorio;

f) el mantenimiento de un lugar fijo de negocios con el único fin del ejercicio combinado de las actividades mencionadas en los apartados a) a e), a condición de que el conjunto de la actividad del lugar fijo de negocios conserve su carácter auxiliar o preparatorio.

5.- No obstante lo dispuesto en los párrafos 1 y 2, cuando una persona, distinta de un agente que goce de un estatuto independiente, al cual se le aplica el párrafo 6, actúe por cuenta de una empresa y ostente y ejerza habitualmente en un Estado Contratante poderes que la faculten para concluir contratos en nombre de la empresa, se considerará que esta empresa tiene un establecimiento permanente en este Estado respecto de todas las actividades que esta persona realiza por cuenta de la empresa, a menos que las actividades de esta persona se limiten a las mencionadas en el párrafo 4 y que, de haber sido

ejercidas por medio de un lugar fijo de negocios, no se hubiera considerado este lugar como un establecimiento permanente, de acuerdo con las disposiciones de este párrafo.

6.- No se considera que una empresa tiene un establecimiento permanente en un Estado Contratante por el mero hecho de que realice sus actividades por medio de un corredor, un comisionista general o cualquier otro agente que goce de un estatuto independiente, siempre que estas personas actúen dentro del marco ordinario de su actividad.

7.- El hecho de que una sociedad residente de un Estado Contratante controle o sea controlada por una sociedad residente del otro Estado Contratante, o que realice actividades en este otro Estado (y sea por medio de un establecimiento permanente o de otra manera) no convierte por sí sólo a cualquiera de estas sociedades en establecimiento permanente de la otra.

CAPITULO III
TRIBUTACION DE LAS RENTAS
Y DEL PATRIMONIO

ARTICULO 6
RENTAS INMOBILIARIAS

1.- Las rentas que un residente de un Estado Contratante obtenga de bienes inmuebles (incluidas las rentas de explotaciones agrícolas o forestales) situadas en el otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este otro Estado.

2.- Las disposiciones del párrafo 1 se aplican a las rentas derivadas de la utilización directa, del arrendamiento o aparcería, así como de cualquier otra forma de explotación de los bienes inmuebles.

3.- Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 se aplican igualmente a las rentas derivadas de los bienes inmuebles de una empresa y de los bienes inmuebles utilizados para el ejercicio de trabajos independientes.

**ARTICULO 7
BENEFICIOS EMPRESARIALES**

1.- Los beneficios de una empresa de un Estado Contratante solamente pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que la empresa realice su actividad en el otro Estado Contratante por medio de un establecimiento permanente situado en él. Si la empresa realiza su actividad de dicha manera, los beneficios de la empresa pueden someterse a imposición en el otro Estado, pero sólo en la medida en que puedan atribuirse a este establecimiento permanente.

2.- Sin perjuicio de lo previsto en el párrafo 3, cuando una empresa de un Estado Contratante realice su actividad en el otro Estado Contratante por medio de un establecimiento permanente situado en él, en cada Estado Contratante se atribuirán a dicho establecimiento los beneficios que éste hubiera podido obtener de ser una empresa distinta y separada que realizase las mismas o similares actividades, en las mismas o similares condiciones, y tratase con total independencia con la empresa de la que es establecimiento permanente.

3.- Para la determinación del beneficio del establecimiento permanente se permitirá la deducción de los gastos en que se haya incurrido para la realización de los fines del establecimiento permanente, comprendidos los gastos de dirección y generales de administración para los mismos fines, tanto si se efectúan en el Estado en que se encuentre el establecimiento permanente como en otra parte.

4.- En tanto que en un Estado Contratante resulte imposible o excesivamente difícil determinar en ciertos casos especiales los beneficios imputables a los establecimientos permanentes con arreglo a lo dispuesto en el párrafo 2, lo establecido en dicho párrafo no impedirá que los beneficios imputables a los establecimientos permanentes se determinen sobre la base de un reparto de los beneficios totales de la empresa entre sus diversas partes; sin embargo, el método de reparto adoptado habrá de ser tal que el resultado obtenido esté de acuerdo con los principios contenidos en el presente artículo.

5.- No se atribuirá ningún beneficio a un establecimiento permanente por el mero hecho de que éste adquiera bienes o mercancías para la empresa.

6.- A efectos de los párrafos anteriores, los beneficios imputables al establecimiento permanente se calcularán cada año por el mismo método, a no ser que existan motivos válidos y suficientes para proceder de otra forma.

7.- Cuando los beneficios comprendan rentas reguladas separadamente en otros artículos de este Convenio, las disposiciones de aquéllos no quedarán afectadas por las del presente artículo.

ARTICULO 8 NAVEGACION MARITIMA Y AEREA

1.- Los beneficios procedentes de la explotación de buques o aeronaves en tráfico internacional sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en el que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

2.- Si la sede de dirección efectiva de una empresa de navegación estuviera a bordo de un buque, se considerará que se encuentra en el Estado Contratante donde esté el puerto base del mismo, y si no existiera tal puerto base, en el Estado Contratante en el que resida la persona que explote el buque.

3.- Las disposiciones del párrafo 1 se aplican también a los beneficios procedentes de la participación en un "pool", en una explotación en común o en un organismo internacional de explotación.

4.- Las disposiciones de los párrafos anteriores no afectarán lo dispuesto en el Convenio entre la República Federal de Alemania y la República de Venezuela para evitar la doble tributación a las empresas de transporte aéreo y marítimo del 23 de noviembre de 1967.

ARTICULO 9 EMPRESAS ASOCIADAS

Cuando

a) una empresa de un Estado Contratante participe directa o indirectamente en la dirección, el control o el capital de una empresa del otro Estado Contratante, o

b) unas mismas personas participen directa o indirectamente en la dirección, el control o el capital de una empresa de un Estado Contratante y de una empresa del otro Estado Contratante,

y en uno y otro caso las dos empresas estén, en sus relaciones comerciales o financieras, unidas por condiciones aceptadas o impuestas que difieran de las que serían acordadas por empresas independientes, los beneficios que habrían sido obtenidos por una de las empresas de no existir estas condiciones, y que de hecho no se han producido a causa de las mismas, pueden ser incluidos en los beneficios de esta empresa y sometidos a imposición en consecuencia.

ARTICULO 10 DIVIDENDOS

1.- Los dividendos pagados por una sociedad residente de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que resida la sociedad que pague los dividendos, y según la legislación de este Estado; pero si el perceptor de los dividendos es el beneficiario efectivo el impuesto así exigido no podrá exceder del:

- a) 5 % del importe bruto de los dividendos pagados a una sociedad (que no sea de personas) que tiene por lo menos un 15% del capital de la sociedad que paga los dividendos y
- b) 15 % del importe bruto de los dividendos en todos los otros casos.

Este párrafo no afecta a la imposición de la sociedad respecto de los beneficios con cargo a los que se paguen los dividendos.

2.- El término "dividendos" empleado en el presente artículo significa:

- a) los rendimientos de las acciones o bonos de disfrute, de las partes de minas, de las partes de fundador u otros derechos, excepto los de crédito, que permitan participar en los beneficios, y
- b) otras rentas sujetas al mismo régimen fiscal que los rendimientos de las acciones por la legislación del Estado en que resida la sociedad que las distribuya.

3.- Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario efectivo de los dividendos, residente de un Estado Contratante, ejerce en el otro Estado Contratante, del que es residente la sociedad que paga los dividendos, una actividad industrial o comercial a través de un establecimiento permanente aquí situado o presta trabajos independientes por medio de una base fija aquí situada con los que la participación que genera los dividendos esté vinculada efectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del artículo 7 o del artículo 14, según proceda.

4.- Cuando una sociedad residente de un Estado Contratante obtenga beneficios o rentas procedentes del otro Estado Contratante, este otro Estado no puede exigir ningún impuesto sobre los dividendos pagados por la sociedad, salvo en la medida en que estos dividendos sean pagados a un residente de este otro Estado o la participación que genere los dividendos esté vinculada efectivamente a un establecimiento permanente o a una base fija situada en este otro Estado, ni someter los beneficios no distribuidos de la sociedad a un impuesto sobre los mismos, aunque los dividendos pagados o los beneficios no distribuidos consistan, total o parcialmente, en beneficios o rentas procedentes de este otro Estado.

ARTICULO 11 INTERESES

1.- Los intereses procedentes de un Estado Contratante y pagados a un residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, y de acuerdo con la legislación de este Estado; pero el impuesto así exigido no puede exceder del 5 por ciento del importe bruto de los intereses si el receptor de los mismos es el beneficiario efectivo.

2.- No obstante las disposiciones del párrafo 1, se aplicarán las siguientes reglas:

a) Los intereses procedentes de la República Federal de Alemania y pagados al Gobierno de la República de Venezuela, Fondo de Inversiones de Venezuela, Fondo de Financiamiento de las Exportaciones y el Banco Central de Venezuela, están exentos del impuesto alemán;

b) los intereses procedentes de la República de Venezuela y pagados al Gobierno de la República Federal de Alemania, al

Deutsche Bundesbank, al Kreditanstalt für Wiederaufbau o a la Deutsche Investitions und Entwicklungsgesellschaft y los intereses procedentes de préstamos avalados o financiados a través de una cobertura del Gobierno Alemán (Hermes) están exentos del impuesto venezolano.

3.- El término "intereses", empleado en el presente artículo, significa los rendimientos de créditos de cualquier naturaleza, con o sin garantías hipotecarias o cláusula de participación en los beneficios del deudor, y especialmente las rentas de fondos públicos y bonos u obligaciones, incluidas las primas y lotes unidos a estos títulos. Las penalizaciones por mora en el pago no se consideran como intereses a efectos del presente artículo.

4.- Las disposiciones de los párrafos 1 y 2 no se aplican si el beneficiario efectivo de los intereses, residente de un Estado Contratante, ejerce en el otro Estado Contratante del cual proceden los intereses, una actividad industrial o comercial por medio de un establecimiento permanente situado en este otro Estado o presta servicios profesionales por medio de una base fija situada en él, con los que el crédito que genera los intereses esté vinculado efectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del artículo 7 o del artículo 14, según proceda.

5.- Los intereses se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, uno de sus Estados Federados, una de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales o un residente de este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de los intereses, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente o una base fija en relación con los cuales se haya contraído la deuda que da origen al pago de los intereses y que soportan la carga de los mismos, éstos se considerarán como procedentes del Estado Contratante donde estén situados el establecimiento permanente o la base fija.

6.- Cuando, por razón de las relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario efectivo de los intereses o de las que uno y otro mantengan con terceros, el importe de los intereses pagados, habida cuenta del crédito por el que se paguen, excede del que hubieran convenido el deudor y el acreedor en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplican más que a este último importe. En este caso el exceso podrá someterse a imposición, de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones del presente Convenio.

**ARTICULO 12
REGALIAS**

1.- Las regalías procedentes de un Estado Contratante y pagadas a un residente del otro Estado Contratante, pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, de acuerdo con la legislación de este Estado; pero el impuesto así exigido no puede exceder del 5 por ciento del importe bruto de las regalías si el receptor de las mismas es el beneficiario efectivo.

2.- El término "regalías" empleado en el presente artículo significa las cantidades de cualquier clase pagadas por el uso o la concesión de uso de un derecho de autor sobre una obra literaria, artística o científica, incluidas las películas cinematográficas, de una patente, marca de fábrica o de comercio, dibujo o modelo, plano, fórmula o procedimiento secreto, así como por el uso o la concesión de uso de un equipo industrial, comercial o científico, y por las informaciones relativas a experiencias industriales, comerciales o científicas.

3.- Las disposiciones del párrafo 1 no se aplican si el beneficiario efectivo de las regalías, residente de un Estado Contratante, ejerce en el otro Estado Contratante de donde proceden las regalías una actividad industrial o comercial por medio de un establecimiento permanente situado en este otro Estado o presta servicios profesionales por medio de una base fija situada en él, con los que el derecho o propiedad por los que se pagan las regalías estén vinculados efectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del artículo 7 o del artículo 14, según proceda.

4.- Las regalías se consideran procedentes de un Estado Contratante cuando el deudor es el propio Estado, uno de sus Estados Federados o una de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales o un residente de este Estado. Sin embargo, cuando el deudor de las regalías, sea o no residente de un Estado Contratante, tenga en un Estado Contratante un establecimiento permanente o una base fija en relación con los cuales se haya contraído la obligación de pagar las regalías y que soporten la carga de las mismas, éstas se considerarán como procedentes del Estado Contratante donde estén situados el establecimiento permanente o la base fija.

5.- Cuando, por razón de las relaciones especiales existentes entre el deudor y el beneficiario efectivo de las regalías o de las que uno y otro mantengan con terceros, el importe de las regalías pagadas, habida cuenta de la prestación por la que se pagan, exceda del que habrían convenido el deudor y el beneficiario efectivo en ausencia de tales relaciones, las disposiciones de este artículo no se aplican más que a este último importe. En este caso el exceso podrá someterse a imposición de acuerdo con la legislación de cada Estado Contratante, teniendo en cuenta las demás disposiciones del presente Convenio.

ARTICULO 13 GANANCIAS DE CAPITAL

1.- Las ganancias que un residente de un Estado Contratante obtenga de la enajenación de bienes inmuebles situados en el otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este otro Estado.

2.- Las ganancias derivadas de la enajenación de bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante, o de bienes muebles que pertenezcan a una base fija que un residente de un Estado Contratante posea en el otro Estado Contratante para la prestación de trabajos independientes, comprendidas las ganancias derivadas de la enajenación de este establecimiento permanente (sólo o con el conjunto de la empresa) o de esta base fija, pueden someterse a imposición en este otro Estado.

3.- Las ganancias derivadas de la enajenación de buques o aeronaves explotados en tráfico internacional o de bienes muebles afectos a la explotación de estos buques o aeronaves, sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante donde esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

4.- Las ganancias derivadas de la enajenación de cualquier otro bien distinto de los mencionados en los párrafos 1 a 3, sólo pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que resida el transmitente.

5.- Las disposiciones del párrafo 4 no afectarán el derecho de un Estado Contratante a someter a imposición, de acuerdo con su propia legislación, las ganancias obtenidas de la enajenación de acciones o derechos de acciones beneficiarias de una sociedad,

que es residente de este Estado según su legislación y cuyo capital está dividido total o parcialmente en acciones, por un residente del otro Estado Contratante, que ha sido residente del primer Estado durante los últimos cinco años previos a la enajenación de las acciones o derechos de acciones beneficiarias.

**ARTICULO 14
TRABAJOS INDEPENDIENTES**

1.- Las rentas que un residente de un Estado Contratante obtenga por la prestación de servicios profesionales u otras actividades de naturaleza independiente sólo pueden someterse a imposición en este Estado, a no ser que este residente disponga de manera habitual en el otro Estado Contratante de una base fija para el ejercicio de sus actividades. Sólo se pueden someter a imposición las rentas que son imputables a esta base fija.

2.- La expresión "servicios profesionales" comprende especialmente las actividades independientes de carácter científico, literario, artístico, educativo o pedagógico, así como las actividades independientes de los médicos, abogados, ingenieros, arquitectos, odontólogos y contables.

**ARTICULO 15
TRABAJOS DEPENDIENTES**

1.- Sin perjuicio de lo dispuesto en los artículos 16, 18 y 19, los sueldos, salarios y remuneraciones similares obtenidos por un residente de un Estado Contratante por razón de un empleo sólo pueden someterse a imposición en el otro Estado si el empleo se ejerce en este otro Estado.

2.- No obstante lo dispuesto en el párrafo 1, las remuneraciones obtenidas por un residente de un Estado Contratante por razón de un empleo ejercido en el otro Estado Contratante sólo pueden someterse a imposición en el primer Estado si:

- a) el percceptor no permanece en total en el otro Estado, en uno o varios periodos, más de ciento ochenta y tres días durante el año civil considerado;
- b) las remuneraciones se pagan por o en nombre de una persona empleadora que no es residente del otro Estado, y

c) las remuneraciones no se soportan por un establecimiento permanente o una base fija que la persona empleadora tiene en el otro Estado.

3.- No obstante las disposiciones precedentes del presente artículo, las remuneraciones obtenidas por razón de un empleo ejercido a bordo de un buque o aeronave explotado en tráfico internacional pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

ARTICULO 16 PARTICIPACION DE CONSEJEROS

Las participaciones, dietas de asistencia y otras retribuciones similares que un residente de un Estado Contratante obtenga como miembro de un Consejo de Administración o de Vigilancia de una sociedad residente del otro Estado Contratante pueden someterse a imposición en este otro Estado.

ARTICULO 17 ARTISTAS Y DEPORTISTAS

1.- No obstante lo dispuesto en los artículos 7, 14 y 15, las rentas que un residente de un Estado Contratante obtenga del ejercicio de su actividad personal en el otro Estado Contratante, en calidad de artista del espectáculo, actor de teatro, cine, radio o televisión, o música, o como deportista, pueden someterse a imposición en este otro Estado.

2.- No obstante lo dispuesto en los artículos 7, 14 y 15, cuando las rentas derivadas de las actividades ejercidas por un artista o deportista personalmente y en calidad de tal se atribuyan, no al propio artista o deportista, sino a otra persona, estas rentas pueden someterse a imposición en el Estado Contratante en el que se realicen las actividades del artista o deportista.

3.- Sin embargo, estas rentas no se someten a imposición en el Estado mencionado en el párrafo 1 cuando la actividad es ejercida por un residente del otro Estado Contratante durante una estadía en el primero financiada directa o indirectamente por el otro Estado o por uno de sus Estados Federados o una de sus subdivisiones políticas o de sus entidades locales o una institución reconocida de utilidad pública de este otro Estado.

**ARTICULO 18
PENSIONES**

Sin perjuicio de lo dispuesto en el párrafo 1 del artículo 19, las pensiones y demás remuneraciones análogas pagadas a un residente de un Estado Contratante por razón de un empleo anterior sólo pueden someterse a imposición en este Estado.

**ARTICULO 19
FUNCIONES PUBLICAS**

1.- Las remuneraciones, inclusive las pensiones, pagadas por un Estado Contratante, uno de sus Estados Federados o una de sus subdivisiones políticas o entidades locales a una persona natural, por razón de servicios prestados a este Estado, a estos Estados Federados o a esta subdivisión o entidad, sólo pueden someterse a imposición en este Estado. Sin embargo, estas remuneraciones sólo pueden someterse a imposición en el otro Estado Contratante si los servicios se prestan en este Estado y la persona natural es un residente de este Estado que no posee la nacionalidad del Estado mencionado en primer lugar.

2.- Lo dispuesto en los artículos 15, 16 y 18 se aplica a las remuneraciones y pensiones pagadas por razón de servicios prestados dentro del marco de una actividad industrial o comercial realizada por un Estado Contratante, uno de sus Estados Federados o una de sus subdivisiones políticas o entidades locales.

3.- Lo dispuesto en el párrafo 1 se aplica correspondientemente a las remuneraciones que se paguen en el marco de un programa de cooperación al desarrollo de un Estado Contratante, de uno de sus Estados Federados o de una de sus subdivisiones políticas o entidades locales a los expertos o voluntarios enviados al otro Estado Contratante con el consentimiento del mismo, siempre y cuando procedan de fondos que hayan sido aportados en su totalidad por el primer Estado Contratante, el Estado Federado o la subdivisión o entidad.

**ARTICULO 20
PROFESORES ASI COMO ESTUDIANTES Y OTRAS
PERSONAS EN FASE DE FORMACION**

1.- Las personas naturales que se trasladen a un Estado Contratante por un máximo de dos años a invitación del mismo o de

una de sus universidades, escuelas superiores, colegios, museos u otras instituciones culturales o en el marco de un intercambio cultural oficial con el único fin de ejercer una actividad docente, impartir clases o realizar tareas de investigación en tales instituciones y que sean residentes del otro Estado Contratante o hayan sido residentes de él inmediatamente antes de trasladarse al Estado mencionado en primer lugar del pago de impuestos respecto a las remuneraciones percibidas por la actividad en cuestión, siempre y cuando dichas remuneraciones no procedan de este Estado.

2.- Las personas naturales que se encuentren en un Estado Contratante únicamente como

a) estudiante de una universidad, escuela superior o colegio de dicho Estado Contratante,

b) aprendices y pasantes,

c) receptores de subsidios, gastos de mantenimiento o becas por parte de una organización religiosa, benéfica, científica o pedagógica concedidos en primer lugar con fines de estudios o tareas investigadoras, o

d) colaboradores de un programa de cooperación técnica en el que participe el Gobierno de ese mismo Estado Contratante,

y sean residentes del otro Estado Contratante o hayan sido residentes de él inmediatamente antes de llegar al Estado Contratante mencionado en primer lugar, están exentas en el Estado mencionado en primer lugar del pago de impuesto sobre las transferencias procedentes del extranjero que estuvieren destinadas a cubrir sus gastos de mantenimiento, estudio o formación.

ARTICULO 21 OTRAS RENTAS

1.- Las rentas de un residente de un Estado Contratante, cualquiera que fuese su procedencia, no mencionadas en los anteriores artículos del presente Convenio sólo pueden someterse a imposición en este Estado.

2.- No obstante lo dispuesto en el párrafo 1 si un residente de un Estado Contratante obtiene ingresos de fuentes en el otro Estado Contratante bajo la forma de arrendamiento financiero de propiedad mueble (leasing) así como el ingreso obtenido por los fideicomisos, tales ingresos podrán ser gravados por este Estado.

3.- Lo dispuesto en el párrafo 1 no se aplica a otras rentas que las que se deriven de bienes inmuebles cuando el beneficiario de dichas rentas, residente de un Estado Contratante, realice en el otro Estado Contratante una actividad industrial o comercial por medio de un establecimiento permanente situado en él o preste servicios profesionales por medio de una base fija igualmente situada en él, con los que el derecho o propiedad por los que se pagan las rentas esté vinculado afectivamente. En estos casos se aplican las disposiciones del artículo 7 o del artículo 14, según proceda.

ARTICULO 22 PATRIMONIO

1.- El patrimonio constituido por bienes inmuebles que posea un residente de un Estado Contratante y que estén situados en el otro Estado Contratante puede someterse a imposición en este otro Estado.

2.- El patrimonio constituido por bienes muebles que formen parte del activo de un establecimiento permanente que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante, o por bienes muebles que pertenezcan a una base fija que un residente de un Estado Contratante disponga en el otro Estado Contratante para la prestación de trabajos independientes, puede someterse a imposición en este otro Estado.

3.- El patrimonio constituido por buques o aeronaves explotados en tráfico internacional, así como por bienes muebles afectados a la explotación de tales buques o aeronaves, sólo puede someterse a imposición en el Estado Contratante en que esté situada la sede de dirección efectiva de la empresa.

4.- Todos los demás elementos del patrimonio de un residente de un Estado Contratante sólo pueden someterse a imposición en este Estado.

CAPITULO IV DISPOSICIONES PARA EVITAR LA DOBLE TRIBUTACION

ARTICULO 23 ELIMINACION DE LA DOBLE IMPOSICION

1.- En el caso de un residente de la República Federal de Alemania, el impuesto correspondiente se determinará de la siguiente manera:

a) Las rentas obtenidas en la República de Venezuela y los elementos patrimoniales situados en este Estado que, de acuerdo con lo dispuesto en el presente Convenio, pueden someterse a imposición en el mismo, están exentos del impuesto alemán siempre y cuando no proceda su deducción conforme a lo dispuesto en la letra b). La República Federal de Alemania conserva sin embargo el derecho de tener en cuenta las rentas y elementos patrimoniales así exentos a efectos de fijar el tipo impositivo aplicable.

En el caso de los dividendos la exención sólo se aplicará, si son pagados a una sociedad (que no sea de personas) residente de la República Federal de Alemania por una sociedad residente de la República de Venezuela cuyo capital pertenezca directamente por lo menos en un 15% a la sociedad alemana.

Las participaciones están exentas del impuesto sobre el patrimonio en caso de que sus dividendos, siempre y cuando se paguen o se hubieran pagado, deban o hubiera debido quedar exentos conforme a lo establecido en la frase precedente.

b) A los impuestos alemanes sobre la renta, las sociedades y el patrimonio aplicables a las rentas obtenidas en la República de Venezuela y a los elementos patrimoniales situados en este Estado que se enumeran a continuación se les practica, teniendo presente la legislación fiscal alemana en materia de deducciones fiscales respecto a impuestos extranjeros, la deducción del impuesto venezolano que se haya pagado en conformidad con la legislación venezolana y en concordancia con el presente Convenio por:

- aa) dividendos no comprendidos bajo la letra a;
- bb) intereses;
- cc) regalías;
- dd) participaciones de consejeros;
- ee) rentas de artistas y deportistas;
- ff) bienes inmuebles y sus correspondientes rentas;

Lo anterior no es aplicable si los bienes inmuebles pertenecen efectivamente a un establecimiento permanente del tipo mencionado en el artículo 7, y situado en la República de Venezuela, o a una base fija en el sentido del artículo 14, y situada en la República de Venezuela excepto que la letra a) no sea

aplicable a los beneficios del establecimiento permanente conforme a lo establecido en la letra d).

gg) rentas indicadas en el párrafo 5 del artículo 13;

hh) rentas indicadas en el párrafo 3 del artículo 21.

c) Cuando Venezuela reduzca las tasas de gravamen interno en razón de un programa de incentivos fiscales establecido con el objeto de promover el desarrollo económico del país, que tenga carácter temporal y a los fines del disfrute del crédito establecido en el párrafo anterior, el impuesto venezolano se considerará hasta los porcentajes abajo indicados, por un periodo de 10 años contados a partir del comienzo de los efectos del mismo:

aa) 15% del monto bruto en caso de dividendos mencionados en el subpárrafo aa)

bb) 5% del monto bruto en el caso de los intereses mencionados en el subpárrafo bb)

cc) 5% del monto bruto en caso de las regalías mencionadas en el subpárrafo cc).

d) No obstante lo dispuesto en la letra a), las rentas en el sentido de los artículos 7 y 10 y los beneficios obtenidos por la enajenación del capital de explotación de un establecimiento permanente, así como los elementos patrimoniales que hayan motivado estos beneficios, sólo están exentos del impuesto alemán si el residente de la República Federal de Alemania prueba que los ingresos del establecimiento permanente o de la sociedad proceden exclusiva o casi exclusivamente de trabajos activos.

En cuanto a las rentas en el sentido del artículo 10 y a los elementos patrimoniales que las hayan motivado, la exención también es aplicable en caso de que los dividendos procedan de participaciones en otras sociedades residentes de la República de Venezuela que realicen trabajos activos y en las que la sociedad que efectúe el último reparto tenga una participación de más del 25%.

Constituyen trabajos activos la producción y venta de bienes o mercancías, el asesoramiento y servicios técnicos y los negocios bancarios y de seguros realizados en la República de Venezuela.

Si no se acredita este extremo, sólo se aplicará el procedimiento de deducción establecido en la letra b), sin perjuicio de la deducción ficticia conforme a la letra c).

2.- En el caso de un residente de la República de Venezuela, el impuesto correspondiente se determinará como sigue:

Cuando un residente de Venezuela obtiene rentas que, conforme a las disposiciones del presente Convenio, son imponibles en la República Federal de Alemania, éstas están exentas del impuesto sobre la renta venezolano.

CAPITULO V DISPOSICIONES ESPECIALES

ARTICULO 24 NO DISCRIMINACION

1.- Los nacionales de un Estado Contratante no serán sometidos en el otro Estado Contratante a ningún impuesto u obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquéllos a los que estén o puedan estar sometidos los nacionales de este otro Estado que se encuentren en las mismas condiciones. No obstante lo dispuesto en el artículo 1, la presente disposición se aplica también a las personas que no son residentes de ninguno de los Estados Contratantes.

2.- Los establecimientos permanentes que una empresa de un Estado Contratante tenga en el otro Estado Contratante no serán sometidos a imposición en este Estado de manera menos favorable que las empresas de este otro Estado que realicen las mismas actividades. Esta disposición no puede interpretarse en el sentido de obligar a un Estado Contratante a conceder a los residentes del otro Estado Contratante las deducciones personales, desgravámenes y rebajas impositivas que otorgue sólo a sus propios residentes.

3.- A menos que se apliquen las disposiciones del artículo 9; del párrafo 6 del artículo 11 o del párrafo 5 del artículo 12, los intereses, regalías o demás gastos pagados por una empresa de un Estado Contratante a un residente del otro Estado Contratante son deducibles, para determinar los beneficios sujetos a imposición de esta empresa, en las mismas condiciones que si hubieran sido pagados a un residente del primer Estado.

Igualmente, las deudas de una empresa de un Estado Contratante relativas a un residente del otro Estado Contratante son deducibles para la determinación del patrimonio imponible a esta empresa en las mismas condiciones que si se hubieran contraído con un residente del primer Estado.

4.- Las empresas de un Estado Contratante cuyo capital esté, total o parcialmente, detentado o controlado, directa o indirectamente, por uno o varios residentes del otro Estado Contratante no están sometidas en el primer Estado a ningún impuesto u obligación relativa al mismo que no se exijan o que sean más gravosos que aquéllos a los que estén o puedan estar sometidas otras empresas similares del primer Estado.

5.- No obstante las disposiciones del artículo 2, lo dispuesto en el presente artículo se aplica a todos los impuestos, cualquiera que sea su naturaleza o denominación.

ARTICULO 25 PROCEDIMIENTO AMISTOSO

1.- Cuando una persona considere que las medidas adoptadas por uno o ambos Estados Contratantes implican o pueden implicar para ella una imposición que no esté conforme con las disposiciones del presente Convenio, con independencia de los recursos previstos por el derecho interno de estos Estados, podrá someter su caso a la autoridad competente del Estado Contratante del que es residente o, si fuera aplicable el párrafo 1 del artículo 24, a la del Estado Contratante del que es nacional. El caso deberá ser planteado dentro de los dos años siguientes a la primera notificación de la medida que implique una imposición no conforme a las disposiciones del Convenio.

2.- La autoridad competente, si la reclamación le parece fundada y si ella misma no está en condiciones de adoptar una solución satisfactoria, hará lo posible por resolver la cuestión mediante un acuerdo amistoso con la autoridad competente del otro Estado Contratante a fin de evitar una imposición que no se ajuste a este Convenio. El acuerdo se aplica independientemente de los plazos previstos por el derecho interno de los Estados Contratantes.

3.- Las autoridades competentes de los Estados Contratantes harán lo posible por resolver las dificultades o disipar las dudas que plantee la interpretación o aplicación del Convenio

mediante un acuerdo amistoso. También podrán ponerse de acuerdo para tratar de evitar la doble imposición en los casos no previstos en el Convenio.

4.- Las autoridades competentes de los Estados Contratantes podrán establecer mediante acuerdo mutuo, la forma de aplicar las reducciones de impuesto previstas en este Convenio.

5.- Las autoridades competentes de los Estados Contratantes pueden comunicarse directamente entre sí a fin de llegar a un acuerdo según se indica en los apartados anteriores.

ARTICULO 26 INTERCAMBIO DE INFORMACION

1.- Las autoridades competentes de los Estados Contratantes intercambiarán las informaciones necesarias para aplicar lo dispuesto en el presente Convenio. Las informaciones recibidas por un Estado Contratante serán mantenidas secretas en igual forma que las informaciones obtenidas en base al derecho interno de este Estado y sólo se comunicarán a las personas o autoridades (incluidos los tribunales y órganos administrativos) encargados de la gestión o recaudación de los impuestos comprendidos en el Convenio, de los procedimientos declarativos o ejecutivos relativos a estos impuestos o de la resolución de los recursos en relación con estos impuestos. Estas personas o autoridades sólo utilizarán estos informes para estos fines. Podrán revelar estas informaciones en las audiencias públicas de los tribunales o en las sentencias judiciales.

2.- En ningún caso las disposiciones del párrafo 1 pueden interpretarse en el sentido de obligar a un Estado Contratante a:

- a) adoptar medidas administrativas contrarias a su legislación o práctica administrativa o a las del otro Estado Contratante;
- b) suministrar información que no se pueda obtener sobre la base de su propia legislación o en el ejercicio de su práctica administrativa normal o de las del otro Estado Contratante;
- c) suministrar informaciones que revelen un secreto comercial, industrial o profesional o un procedimiento comercial, o informaciones cuya comunicación sea contraria al orden público.

**ARTICULO 27
PRIVILEGIOS DIPLOMATICOS Y CONSULARES**

1.- Las disposiciones del presente Convenio no afectan los privilegios fiscales de que disfruten los miembros de las misiones diplomáticas, oficinas consulares y organizaciones internacionales, de acuerdo con los principios generales del Derecho Internacional o en virtud de acuerdos especiales.

2.- No obstante lo dispuesto en el artículo 4, a los efectos del presente Convenio las personas naturales que sean miembros de una misión diplomática o de una oficina consular de un Estado Contratante situada en el otro Estado Contratante o en un tercer Estado se consideran residentes del Estado acreditante, cuando

a) de acuerdo con el Derecho Internacional no estén sometidas a imposición en el Estado receptor respecto a rentas procedentes de fuentes situadas fuera de dicho Estado y

b) estén sometidas en el Estado de origen a las mismas obligaciones fiscales respecto a sus rentas globales que los residentes de este Estado.

**ARTICULO 28
ENTRADA EN VIGOR**

El presente Convenio entrará en vigor en la fecha en que los Gobiernos respectivos se hayan notificado mutuamente por escrito que las formalidades constitucionales exigidas en sus respectivos Estados han sido cumplidas y que las disposiciones se explicarán:

a) en el caso de los impuestos sobre dividendos, intereses y regalías percibidos conforme al sistema de retenciones, a las sumas pagadas a partir del 1° de enero, inclusive, del año civil de entrada en vigor del presente Convenio;

b) en el caso de los restantes impuestos, a los que se perciban por los periodos que empiecen el 1° de enero del año civil de entrada en vigor del presente Convenio.

**ARTICULO 29
VIGENCIA Y DENUNCIA**

El presente Convenio permanecerá en vigor indefinidamente, pero cualquiera de los Estados Contratantes podrá denunciarlo ante el otro Estado Contratante por escrito y por vía diplomática hasta el 30 de junio de cada año civil, una vez transcurridos cinco años desde su entrada en vigor; en tal caso el Convenio dejará de aplicarse:

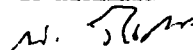
a) en el caso de los impuestos sobre dividendos, intereses y regalías percibidos conforme al sistema de retenciones, a las sumas pagadas a partir del 1° de enero, inclusive, del año civil inmediatamente posterior al de formulación de la denuncia;

b) en el caso de los restantes impuestos, a los que se perciban por los periodos que empiecen el 1° de enero del año civil inmediatamente posterior al de formulación de la denuncia.

Suscrito en Caracas, el 8 de Febrero de 1995, en dos originales, en idioma castellano y alemán, siendo ambos textos igualmente auténticos.


Por la República de Venezuela

Por la República Federal
de Alemania



PROTOCOLO
LA REPUBLICA DE VENEZUELA
Y
LA REPUBLICA FEDERAL DE ALEMANIA

Con motivo de la firma del Convenio entre los dos Estados para evitar la doble imposición en materia de impuestos sobre la renta y sobre el patrimonio, realizada en CARACAS el día 8 de febrero de 1995 han acordado las siguientes disposiciones, que forman parte de dicho Convenio:

1. - ad artículo 7

a) A una obra de construcción, instalación o montaje sólo se le podrán imputar en el Estado Contratante en que se encuentre el establecimiento permanente los beneficios que sean resultado de tales actividades. Los beneficios obtenidos como consecuencia de suministros de mercancías del establecimiento permanente principal o de otro establecimiento permanente de la empresa o de una tercera persona relacionados con dichas actividades o realizados con independencia de las mismas, no serán imputados a la obra de construcción, instalación o montaje.

b) los ingresos obtenidos como consecuencia de actividades de planificación, proyección, construcción o investigación y servicios técnicos realizados en un Estado Contratante por un residente del mismo y relacionados con un establecimiento permanente mantenido en el otro Estado Contratante, no se imputarán a este establecimiento.

c) se entiende que los pagos relacionados con asistencia técnica se considerarán como beneficios empresariales en virtud del artículo 7.

2. - ad artículo 10

En lo que concierne al párrafo 2 del artículo 10, para los efectos de la tributación en la República Federal de Alemania, el término dividendos incluye a los rendimientos obtenidos por un socio oculto ("Stiller

Gesellschafter") de su participación como tal y los repartos de beneficios respecto a certificados de participación en sociedades de inversión.

3. - ad artículos 10 y 11

No obstante las disposiciones de estos artículos, los dividendos e intereses pueden someterse a imposición en el Estado Contratante del que procedan, de acuerdo con la legislación del mismo cuando:

- a) se basen en derechos o créditos con participación en las ganancias (incluidas las rentas de un socio tácito procedentes de su participación o de su préstamo con carácter de participación en los beneficios u obligaciones con interés variable en el sentido de la legislación fiscal de la República Federal de Alemania) y
- b) sean deducibles en el cálculo de beneficios del deudor de los dividendos o intereses.

4. - ad artículo 23

En caso de que una sociedad residente de la República Federal de Alemania emplee ingresos procedentes de fuentes situadas en la República de Venezuela para proceder al reparto correspondiente, el párrafo 1 no excluirá que dicho reparto se grave conforme a las disposiciones de la legislación fiscal alemana.

5. - ad artículos 23 y 25

La República Federal de Alemania evitará la doble imposición mediante deducción fiscal con arreglo al artículo 23, párrafo 1, letra b), y no mediante la exención tributaria a que se refiere el artículo 23, párrafo 1, letra a):

- a) si en los Estados Contratantes los ingresos o bienes patrimoniales se subordinan a diferentes disposiciones del Convenio o son atribuidos a distintas personas (a excepción de las mencionadas en el artículo 9) y este conflicto no es susceptible de dirimirse mediante un procedimiento con arreglo al artículo 25 y

aa) si de resultas de esa subordinación o atribución los ingresos o bienes patrimoniales respectivos fueran objeto de doble imposición o

bb) si de resultas de esa subordinación o atribución los ingresos o bienes patrimoniales respectivos quedarán libres de impuestos o fueran sometidos a una tributación inadecuadamente reducida en la República de Venezuela, y quedarán (sin perjuicio de la aplicación del presente párrafo) exentos de impuestos en la República Federal de Alemania; o

b) Si la República Federal de Alemania, tras la consulta preceptiva y a reserva de las limitaciones de su derecho interno, ha notificado a la República de Venezuela por vía diplomática otros ingresos a los cuales tenga previsto aplicar el presente párrafo a fin de evitar la exención fiscal de ingresos en ambos Estados Contratantes o cualesquiera otros arreglos para subvertir la aplicación del presente Convenio.

En caso de notificación con arreglo a lo dispuesto en la letra b la República de Venezuela podrá, a reserva de una notificación por vía diplomática, caracterizar dichos ingresos en virtud del presente Convenio de conformidad con la caracterización de los ingresos por parte de la República Federal de Alemania. Una notificación con arreglo a lo dispuesto en el presente párrafo surtirá efecto a partir del primer día del año natural siguiente al año en que se transmita la notificación y se hayan cumplido todos los requisitos legales para la perfección de la misma según el derecho interno del Estado notificante.

6. - ad artículo 26

En la medida en que se transmitan datos personales conforme a este Artículo, serán de aplicación, como complemento a lo establecido en el mismo, los preceptos que ha continuación se detallan de conformidad con las disposiciones legales vigentes para cada uno de los Estados Contratantes:

- a) Los Estados Contratantes transmisores están obligados a velar por la exactitud de los datos transmitidos. De comprobarse que fueron transmitidos datos inexactos o datos cuya transmisión no estaba permitida, dicho extremo habrá de comunicarse sin dilación al receptor. Este está obligado a rectificar o destruir los datos en cuestión.
- b) Los Estados Contratantes están obligados a ser constar en el acta la transmisión y la recepción de datos personales.
- c) Los Estados Contratantes están obligados a proteger cumplidamente los datos personales transmitidos frente a cualquier tipo de acceso, modificación y comunicación no autorizados.
- d) Previa petición, el interesado debe ser informado de los datos que consten en relación con su persona y de la finalidad con que se hicieron constar. No existe obligación de informar en el supuesto de que, debidamente ponderado el caso el interés público de no facilitar la información en cuestión prime sobre el interés de la persona afectada en recibirla.
- e) El derecho del interesado a recibir información sobre los datos que consten en relación con su persona se rige por la legislación interna del Estado Contratante en cuyo territorio se solicita la información.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF VENEZUELA AND THE
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY FOR THE AVOIDANCE OF DOU-
BLE TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON
CAPITAL

The Republic of Venezuela and
The Federal Republic of Germany,
Desiring to strengthen their economic relations by removing obstacles of a fiscal na-
ture,
Have agreed as follows:

CHAPTER I. SCOPE OF CONVENTION

Article 1. Personal scope

This Convention shall apply to persons who are residents of one or both of the Con-
tracting States.

Article 2. Taxes covered

1. This Convention shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf
of a Contracting State or, in the case of the Federal Republic of Germany, one of its Länder
or political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are
levied.

2. There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total
income, on total capital or on elements of income or of capital, including taxes on gains
from the alienation of movable or immovable property and taxes on the total amounts of
wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

3. The existing taxes to which this Convention shall apply are in particular:

(a) In the Federal Republic of Germany:

The income tax (Einkommensteuer),

The corporation tax (Körperschaftsteuer),

The capital tax (Vermögensteuer),

The business tax (Gewerbsteuer), hereinafter referred to as the "German tax";

(b) In the Republic of Venezuela: The income tax (el impuesto sobre la renta), here-
inafter referred to as the "Venezuelan tax".

4. The Convention shall apply also to any identical or similar taxes which are im-
posed after the date of its signature in addition to or in place of the existing taxes. At the end

of each year, the competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any substantial changes which have been made in their respective taxation laws.

CHAPTER II. DEFINITIONS

Article 3. General definitions

1. For the purposes of this Convention, unless the context otherwise requires:

(a) The terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean the Federal Republic of Germany or the Republic of Venezuela, depending on the context;

(b) The term "Federal Republic of Germany" means the territory in which the taxation law of the Federal Republic of Germany applies, including the area adjacent to the territorial sea, the seabed and subsoil and the water column superjacent to them, inasmuch as the Federal Republic of Germany exercises therein, in accordance with international law, the rights of sovereignty and jurisdiction for the purposes of exploration and working of its natural resources;

(c) The term "Republic of Venezuela" means the territory of the Republic of Venezuela;

(d) The term "person" means an individual or a company;

(e) The term "company" means any body corporate or any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;

(f) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property;

(g) The terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;

(h) The term "national" means:

(aa) In respect of the Federal Republic of Germany, all Germans within the meaning of article 116, paragraph (1), of the Basic Law of the Federal Republic of Germany and all bodies corporate, partnerships and other associations of persons constituted in accordance with the law in force in the Federal Republic of Germany;

(bb) In respect of the Republic of Venezuela, all individuals possessing Venezuelan nationality and all bodies corporate, partnerships and other associations of persons constituted in accordance with the law in force in the Republic of Venezuela;

(i) The term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise which has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between two points in the other Contracting State;

(j) The term "competent authority" means, in the case of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance and, in the case of the Republic of Venezuela, the Ministry of Finance, through the General Directorate of Internal Revenue or the office performing its functions.

2. As regards the application of the Convention by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the law of that State concerning the taxes to which the Convention applies. The term "law of that State" means principally the taxation law of that State.

Article 4. Resident

1. For the purposes of this Convention, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature. But this term does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

2. Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, his status shall be determined as follows:

(a) He shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);

(b) If the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a habitual abode;

(c) If he has a habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;

(d) If he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the two Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of the provisions of paragraph 1 a company is a resident of both Contracting States, it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5. Permanent establishment

1. For the purposes of this Convention, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term "permanent establishment" includes especially:

(a) A place of management;

(b) A branch

(c) An office;

- (d) A factory;
- (e) A workshop;
- (f) A mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

3. A construction, installation or assembly project shall constitute a permanent establishment only if its duration exceeds 12 months, starting from the time when effective work begins.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- (a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;

- (b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;

- (c) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

- (d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of acquiring goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;

- (e) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of an auxiliary or preparatory character;

- (f) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on a combination of the activities referred to in subparagraphs (a) to (e), provided that the combined activities of the fixed place of business retain their auxiliary or preparatory character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person -- other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies -- is acting on behalf of an enterprise and has and habitually exercises in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of all the activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business through a broker, a general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

CHAPTER III. TAXATION OF INCOME AND CAPITAL

Article 6. Income from immovable property

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting or share-cropping or use in any other form of immovable property.

3. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall also apply to income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent activities.

Article 7. Business profits

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Where it proves impossible or excessively difficult in a Contracting State to determine in some specific cases the profits attributable to permanent establishments in accordance with the provisions of paragraph 2, nothing in paragraph 2 shall preclude the determination of the profits attributable to permanent establishments on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result is in accordance with the principles laid down in this article.

5. No profit shall be attributed to a permanent establishment on the sole grounds that it acquires goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other articles of this Convention, the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

Article 8. Shipping and air transport

1. Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

2. If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply also to profits from participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

4. The provisions of the preceding paragraphs shall not affect the provisions of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Venezuela for the avoidance of double taxation of air and maritime transport enterprises, of 23 November 1987.

Article 9. Associated enterprises

Where

(a) An enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

(b) The same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and of an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises but, by reason of those conditions, have not so accrued may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10. Dividends

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State; but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed:

(a) 5 per cent of the gross amount of the dividends paid to a company (other than a partnership) which holds at least 15 per cent of the capital of the company paying the dividends; and

(b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

2. The term "dividends" as used in this article means:

(a) Income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits; and

(b) Other income subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State, of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs independent activities from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such cases the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

4. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11. Interest

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in the Contracting State in which it arises and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the interest.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, the following shall apply:

(a) Interest arising in the Federal Republic of Germany and paid to the Government of the Republic of Venezuela, the Fondo de Inversiones de Venezuela, the Fondo de Financiamiento de las Exportaciones and the Banco Central de Venezuela shall be exempt from German tax;

(b) Interest arising in the Republic of Venezuela and paid to the Government of the Federal Republic of Germany, the Deutsche Bundesbank, the Kreditanstalt für Wiederaufbau or the Deutsche Investitions und Entwicklungsgesellschaft and interest from loans guaranteed or financed through a German Government guarantee (Hermes) shall be exempt from Venezuelan tax.

3. The term "interest" as used in this article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and, in particular, income from government securities and income

from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purposes of this article.

4. The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State, in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein or performs independent personal services from a fixed base situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such cases the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

5. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, one of its Länder or a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

6. Where by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner of the interest, or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the creditor in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 12. Royalties

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties the tax so charged shall not exceed 5 per cent of the gross amount of the royalties.

2. The term "royalties" as used in this article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematographic films, any patent, trademark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein or performs independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such per-

manent establishment or fixed base. In such cases, the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

4. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, one of its Länder or a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the liability to pay the royalties was incurred, and the royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

5. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner of the royalties or between both of them and some other person, the amount of the royalties paid, having regard to the work for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Convention.

Article 13. Capital gains

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent activities, including such gains from the alienation of such permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

3. Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. Gains from the alienation of any property other than that referred to in paragraphs 1 to 3 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

5. The provisions of paragraph 4 shall not affect the right of a Contracting State to levy according to its legislation, a tax on gains from the alienation of shares or rights to beneficiary shares of a company which is, according to its legislation, a resident of that State and the capital of which is wholly or partially distributed in shares, received by a resident of the other Contracting State who has been a resident of the first State for the five years preceding the alienation of the shares or rights to beneficiary shares.

Article 14. Independent activities

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State, un-

less he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. Only income attributable to that fixed base may be taxed.

2. The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities, as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15. Dependent activities

1. Subject to the provisions of articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in the other State if the employment is exercised in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

(a) The recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the calendar year concerned;

(b) The remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State; and

(c) The remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 16. Directors' fees

Director's fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the Board of Directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17. Entertainers and athletes

1. Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion-picture, radio or television artiste, or a musician, or as an athlete, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, where income in respect of the personal activities exercised by an entertainer or an athlete in his capacity as such accrues not to the entertainer or athlete himself but to another person, that income may be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or athlete are exercised.

3. However, such income shall not be taxable in the State mentioned in paragraph 1 when the activity is exercised by a resident of the other Contracting State during a stay in the first- mentioned State financed directly or indirectly by the other State or by one of its Länder, political subdivisions or local authorities or a public-interest institution of that other State.

Article 18. Pensions

Subject to the provisions of article 19, paragraph 1, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19. Government service

1. Remuneration, including pensions, paid by a Contracting State or by one of its Länder, political subdivisions or local authorities to an individual in respect of services rendered to that State, those Länder or that subdivision or authority shall be taxable only in that State. However, such remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who is not a national of the first- mentioned State.

2. The provisions of articles 15, 16 and 18 shall apply to remuneration and pensions paid in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or one of its Länder, political subdivisions or local authorities.

3. The provisions of paragraph 1 shall apply mutatis mutandis to remuneration paid as part of an assistance programme for the development of one of the Contracting States or one of its Länder, political subdivisions or local authorities to experts or volunteers sent to the other Contracting State with its consent, provided that the remuneration is paid from funds furnished entirely by the first Contracting State or the Land, subdivision or authority.

Article 20. Teachers, students and other trainees

1. Individuals who visit a Contracting State for a period not exceeding two years at the invitation of that State or of one of its universities, colleges, schools, museums or other cultural institutions or as part of an official cultural exchange with the sole purpose of teaching, conducting classes or engaging in research in such institutions and who are residents of the other Contracting State or have been resident therein immediately before visiting the first-mentioned State shall not be taxed in respect of remuneration arising from the activity in question, provided that such remuneration did not arise in that State.

2. Individuals who are in a Contracting State solely as

(a) Students at a university, college or school of that Contracting State,

(b) Apprentices or trainees,

(c) Recipients of grants, allowances or awards from a religious, charitable, scientific or educational organization given primarily for the purpose of study or research, or

(d) Employees of a technical cooperation programme in which the Government of that Contracting State is a participant,

and are residents of the other Contracting State or have been residents thereof immediately before arrival in the first-mentioned State shall be exempt in that State from taxation in respect of remittances received from abroad for their maintenance, studies or training.

Article 21. Other income

1. Income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing articles of this Convention shall be taxable only in that State.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, income received by a resident of a Contracting State from sources in the other Contracting State in the form of rental from movable property (leasing) or income from trusts, may be taxed by that State.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply to income other than that from immovable property if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein or performs professional services from a fixed base situated therein with which the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected. In such cases the provisions of article 7 or article 14, as the case may be, shall apply.

Article 22. Capital

1. Capital represented by immovable property owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent services may be taxed in that other State.

3. Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

CHAPTER IV. PROVISIONS FOR THE ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION

Article 23. Elimination of double taxation

1. In the case of a resident of the Federal Republic of Germany, the appropriate tax shall be determined in the following manner:

(a) Income arising in the Republic of Venezuela and elements of capital situated therein which, pursuant to the provisions of this Convention, may be taxed in the Republic

of Venezuela shall be exempt from German tax, provided that a deduction is not made in accordance with the provisions of paragraph (b). The Federal Republic of Germany, however, retains the right to take into account income and elements of capital so exempted in the determination of the applicable tax rate.

In the case of dividends the exemption shall apply only if they are paid to a company (excluding partnerships) resident in the Federal Republic of Germany by a company resident in the Republic of Venezuela at least 15 per cent of whose capital is owned directly by the German company. Shareholdings shall be exempt from the tax on capital where the corresponding dividends -- provided that they are paid or would have been paid -- are or would have been exempt in accordance with the provisions of the preceding sentence.

(b) The German taxes on income, corporations and capital applicable to income arising in the Republic of Venezuela and to elements of capital situated therein which are listed below shall, in the light of German taxation laws concerning tax deductions in respect of foreign taxes, be subject to deduction of the Venezuelan tax paid in accordance with Venezuelan law and in conformity with this Convention in respect of:

- (aa) Dividends not covered by paragraph (a);
- (bb) Interest;
- (cc) Royalties;
- (dd) Directors' fees;
- (ee) Income of entertainers and athletes;
- (ff) Immovable property and the income therefrom.

This provision shall not apply if the immovable property is effectively owned by a permanent establishment of the kind referred to in article 7 which is situated in the Republic of Venezuela or by a fixed base within the meaning of article 14 which is situated in the Republic of Venezuela, provided that subparagraph (a) is not applicable to the profits of the permanent establishment in accordance with the provisions of subparagraph (d).

- (gg) Income referred to in article 13, paragraph 5;
- (hh) Income referred to in article 21, paragraph 3.

(c) Where Venezuela reduces internal taxation rates in accordance with a programme of tax incentives of a temporary nature, with the object of promoting the country's economic development and for the purpose of ensuring enjoyment of the credit described in the preceding paragraph, the Venezuelan tax shall be taken into consideration in an amount not exceeding the percentages indicated below for a period of 10 years beginning with the date on which the tax takes effect:

- (aa) 15 per cent of the gross amount in the case of the dividends mentioned in subparagraph (aa);
- (bb) 5 per cent of the gross amount in the case of the interest mentioned in subparagraph (bb);
- (cc) 5 per cent of the gross amount in the case of the royalties mentioned in subparagraph (cc).

(d) Notwithstanding the provisions of subparagraph (a), income within the meaning of articles 7 and 10, profits from the alienation of the working capital of a permanent establishment and the elements of capital which engendered such profits shall be exempt from German tax only if the resident of the Federal Republic of Germany proves that the income of the permanent establishment or company arises exclusively or almost exclusively from active work.

With regard to income within the meaning of article 10 and the elements of capital which have engendered it, the exemption shall also apply if the dividends arise from holdings in other companies resident in the Republic of Venezuela which perform active work and in which the company making the last distribution of dividends has a holding of more than 25 per cent.

Active work consists of the production and sale of goods or merchandise, consultancy and technical services and banking and insurance transactions carried out in the Republic of Venezuela.

If this condition is not met, only the deduction procedure established in paragraph (b) shall be applied, without prejudice to the deduction allowed for under paragraph (c).

2. In the case of a resident of the Republic of Venezuela, the appropriate tax shall be determined as follows:

Where a resident of Venezuela receives income which according to the provisions of this Convention may be taxed in the Federal Republic of Germany, that income shall be exempted from Venezuelan income tax.

CHAPTER V. SPECIAL PROVISIONS

Article 24. Non-Discrimination

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected. Notwithstanding the provisions of article 1, this provision shall also apply to persons who are not residents of either Contracting State.

2. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes which it grants only to its own residents.

3. Except where the provisions of article 9, article 11, paragraph 6, or article 12, paragraph 5, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of that enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the

purpose of determining the taxable capital of that enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

4. Enterprises of a Contracting State the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

5. The provisions of article 2 notwithstanding, the provisions of this article shall apply to taxes of every kind and description.

Article 25. Mutual agreement procedure

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or may result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Convention, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, where article 24, paragraph 1, applies, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within two years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Convention.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with this Convention. The agreement shall apply irrespective of the time limits provided for in the internal law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of this Convention. They may also consult together for the avoidance of double taxation in cases not provided for in the Convention.

4. The competent authorities of the Contracting States may establish by mutual agreement the way in which the reductions of tax provided for in this Convention shall be given effect.

5. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 26. Exchange of information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Convention. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic law of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) responsible for the assessment or col-

lection of the taxes covered by the Convention, the declaratory or executive procedures connected with such taxes, or the determination of appeals in relation thereto. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose such information in public court proceedings or in judicial decisions.

2. In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

(a) To carry out administrative measures at variance with its laws and administrative practice or those of the other Contracting State;

(b) To supply information which is not obtainable under its own laws or in the normal course of its administrative practice or those of the other Contracting State;

(c) To supply information which would disclose any trade, industrial or professional secret or trade process, or information the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*).

Article 27. Diplomatic and consular privileges

1. Nothing in this Convention shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions, consular offices and international organizations under the general rules of international law or under special agreements.

2. The provisions of article 4 notwithstanding, for the purposes of this Convention individuals who are members of a diplomatic mission or a consular office of a Contracting State situated in the other Contracting State or in a third State shall be considered residents of the sending State, where

(a) In accordance with international law they are not liable for tax in the receiving State in respect of income arising from sources situated outside that State; and

(b) They are liable in the State of origin to the same fiscal obligations as residents of that State in respect of their total income.

Article 28. Entry into force

This Convention shall enter into force on the date on which the respective Governments shall have notified each other in writing that the constitutional formalities required in their respective States have been complied with and that the provisions shall apply:

(a) In the case of taxes on dividends, interest and royalties withheld at the source, in respect of the amounts paid from 1 January, inclusive, of the calendar year of the entry into force of this Convention;

(b) In the case of any other taxes, in respect of those levied in the tax years starting on 1 January of the calendar year of the entry into force of this Convention.

Article 29. Validity and termination

This Convention shall remain in force indefinitely, but either Contracting State may, on or before 30 June of any calendar year after the expiry of five years following the date

of its entry into force, give written notice of termination to the other Contracting State through the diplomatic channel. In such event, the Convention shall cease to have effect:

(a) In the case of taxes on dividends, interest and royalties withheld at the source, in respect of the amounts paid from 1 January, inclusive, of the calendar year immediately following the year in which notice of termination is given;

(b) In the case of other taxes, in respect of those levied in the tax years starting on 1 January of the calendar year immediately following the year in which notice of termination is given.

Signed at Caracas on 8 February 1995 in duplicate in the Spanish and German languages, both texts being equally authentic.

For the Republic of Venezuela:

MIGUEL ANGEL BURELLI RIVAS

For the Federal Republic of Germany:

WILFRIED RITCHER

PROTOCOL

The Republic of Venezuela and the Federal Republic of Germany,

On the occasion of the signing of the Convention between the two States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital at Caracas on 8 February 1995, have agreed on the following provisions, which form part of the Convention:

1. Ad article 7

(a) In the Contracting State in which the permanent establishment is situated, no profits shall be attributed to a construction, installation or assembly project except those which arise from such activities themselves. Profits arising as a result of the supply of goods, whether related to such activities or realized independently of them, by the main permanent establishment or by another permanent establishment of the enterprise, or by a third person, shall not be attributed to the construction, installation or assembly project;

(b) Income arising as a result of planning, design, construction or research work or technical services carried out in a Contracting State by a resident of that State in connection with a permanent establishment maintained in the other Contracting State shall not be attributed to that establishment;

(c) Payments relating to technical assistance shall be deemed business profits under the terms of article 7.

2. Ad article 10

With regard to article 10, paragraph 2, for the purposes of taxation in the Federal Republic of Germany the term "dividends" includes income received by a sleeping partner from his participation as such and the distribution of profits with respect to certificates of participation in investment companies.

3. Ad articles 10 and 11

Notwithstanding the provisions of these articles, dividends and interest may be taxed in the Contracting State in which they arise in accordance with the legislation of that State if:

(a) They are based on rights or debt-claims with a share in profits (including the income of a sleeping partner from his participation or income from *partiarische Darlehen* or *Gewinnobligationen* within the meaning of the tax laws of the Federal Republic of Germany), and

(b) They are deductible for the computation of the profits derived by the payer of the dividends or interest.

4. Ad article 23

Where a company which is a resident of the Federal Republic of Germany uses income from sources in the Republic of Venezuela for the dividend distribution in question, paragraph 1 shall not exclude the taxation of such distribution in accordance with the provisions of German taxation laws.

5. Ad articles 23 and 25

The Federal Republic of Germany shall avoid double taxation by means of tax deductions in accordance with article 23, paragraph 1 (b), and not by means of the tax exemption referred to in article 23, paragraph 1 (a):

(a) If in the Contracting States the income or elements of capital are subject to different provisions of the Convention or are attributed to different persons (except for the persons mentioned in article 9) and this conflict cannot be resolved by a procedure in accordance with article 25, and

(aa) If as a result of the application of such provisions or of such attribution, the respective income or elements of capital are subject to double taxation; or

(bb) If as a result of the application of such provisions or of such attribution, the respective income or elements of capital remain untaxed or are taxed at an inappropriately low rate in the Republic of Venezuela and are (without prejudice to the application of this paragraph) exempt from tax in the Federal Republic of Germany; or

(b) If the Federal Republic of Germany, after mandatory consultation and subject to the limits imposed by its domestic law, has notified the Republic of Venezuela through the diplomatic channel of other income to which it intends to apply this paragraph, in order to avoid the exemption of income from tax in both Contracting States or any other arrangements intended to undermine the application of this Convention.

In the event of notification under subparagraph (b), the Republic of Venezuela may, provided that it gives notice through the diplomatic channel, treat such income for the purposes of this Convention in the same way as the income is treated by the Federal Republic of Germany. A notification under the provisions of this paragraph shall take effect from the first day of the calendar year following the year in which it is made, provided that all the legal requirements for it to take effect according to the domestic law of the notifying State have been completed.

6. Ad article 26

Where personal data are transmitted under this article, the provisions listed below shall apply in addition to the existing provisions of the article, in accordance with the legal provisions in force in each Contracting State:

(a) A transmitting Contracting State shall be obliged to ensure the accuracy of the data transmitted. Where it is shown that inaccurate data or data whose transmission has not been authorized have been transmitted, this fact must be communicated immediately to the receiving State. The latter shall be obliged to rectify or destroy the data in question.

(b) The Contracting States shall be obliged to keep written records of the transmission and receipt of personal data.

(c) The Contracting States shall be obliged to provide full protection from any kind of unauthorized access, alteration or communication for personal data that have been transmitted.

(d) The person concerned must, upon request, be informed of data held concerning him and the purpose for which they are held. No such obligation to provide information exists in cases where, after due consideration of the case, it is determined that the public interest in not providing the information in question outweighs the interest of the person concerned in receiving it.

(e) A person's right to receive information on data held concerning him shall be governed by the domestic legislation of the Contracting State in whose territory the information is sought.

[TRANSLATION — TRADUCTION]

CONVENTION ENTRE LA RÉPUBLIQUE DU VENEZUELA ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FORTUNE

La République du Venezuela et
La République fédérale d'Allemagne,
Soucieuses de resserrer leurs relations économiques en supprimant les obstacles d'ordre fiscal,
Sont convenues comme suit :

CHAPITRE I. CHAMP D'APPLICATION DE LA CONVENTION

Article premier. Personnes visées

La présente Convention s'applique aux personnes qui sont des résidents d'un État contractant ou des deux États contractants.

Article 2. Impôts visés

1. La présente Convention s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune perçus pour le compte d'un État contractant et, dans le cas de la République fédérale d'Allemagne, de ses États fédérés, ses subdivisions politiques ou ses collectivités locales, quel que soit le système de perception.

2. Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune les impôts perçus sur le revenu total ou sur la fortune totale, ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens meubles ou immeubles, les impôts sur le montant des traitements et salaires payés par les entreprises, ainsi que les impôts sur les plus-values.

3. Les impôts actuels auxquels s'applique la Convention sont notamment :

a) En République fédérale d'Allemagne :

L'impôt sur le revenu (Einkommensteuer),

L'impôt sur les sociétés (Körperschaftsteuer),

L'impôt sur la fortune (Vermögensteuer), et

L'impôt sur les exploitations industrielles et commerciales (Gewerbesteuer), ci-après dénommés collectivement "impôt allemand";

b) En République du Venezuela, l'impôt sur le revenu (impuesto sobre la renta), ci-après dénommé "impôt vénézuélien".

4. La Convention s'appliquera aussi aux impôts de nature identique ou analogue qui seraient établis après la date de signature de la Convention et qui s'ajouteraient aux impôts actuels ou les remplaceraient. À la fin de chaque année, les autorités compétentes des États contractants se communiquent les modifications apportées à leurs législations fiscales respectives.

CHAPITRE II. DÉFINITIONS

Article 3. Définitions générales

1. Au sens de la présente Convention, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente, on entend par :

a) "L'un des États Contractants" et "l'autre État Contractant" la République fédérale d'Allemagne ou la République du Venezuela, suivant le contexte;

b) "République fédérale d'Allemagne" le territoire où s'applique le droit fiscal de la République fédérale d'Allemagne, y compris la zone adjacente à la mer territoriale, les fonds marins, le sous-sol des zones sous-marines et les eaux qui les recouvrent, dans la mesure où la République fédérale d'Allemagne y exerce, conformément au droit international, des droits souverains et sa compétence concernant la prospection et l'exploitation des ressources naturelles qui s'y trouvent;

c) "République du Venezuela" le territoire de la République du Venezuela;

d) "Personne" toute personne physique ou société;

e) "Société" toute personne morale ou entité considérée comme possédant la personnalité juridique aux fins de l'impôt;

f) "Biens immeubles" les biens ainsi désignés dans le droit de l'État contractant où ils sont situés. L'expression désigne en tous cas les accessoires, le bétail et le matériel employé dans les exploitations agricoles et sylvicoles; les droits assujettis aux dispositions de droit privé concernant la propriété foncière; l'usufruit de biens immeubles; et les droits à des redevances variables ou fixes pour l'exploitation ou la concession d'exploitation de gisements miniers, sources et autres ressources naturelles; les navires, embarcations et aéronefs ne sont pas réputés biens immeubles;

g) "Entreprise de l'un des États contractants" et "entreprise de l'autre État contractant" respectivement, une entreprise exploitée par un résident de l'un des États contractants et une entreprise exploitée par un résident de l'autre État contractant;

h) "Ressortissant"

aa) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne, tout Allemand au sens du paragraphe 1 de l'article 116 de la Loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne, ainsi que toute personne morale, société de personnes ou autre association constituée conformément au droit en vigueur en République fédérale d'Allemagne de nature analogue.

bb) En ce qui concerne la République du Venezuela, toute personne possédant la nationalité vénézuélienne et toute personne morale, société de personnes ou autre association constituée conformément au droit en vigueur en République du Venezuela;

i) "Trafic international", tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise d'un État contractant, sauf lorsque ce navire ou cet aéronef n'est exploité qu'entre deux points situés dans l'autre État contractant;

j) "Autorité compétente", en République fédérale d'Allemagne, le Ministère fédéral des finances, et en République du Venezuela, le Ministère des finances, à travers de la Direction générale des impôts ou l'organisme remplissant ses fonctions.

2. Pour l'application de la présente Convention pour un État contractant, toute expression qui n'y est pas définie a le sens que lui attribue le droit de cet État concernant les impôts auxquels s'applique la Convention, à moins que le contexte n'exige une interprétation différente. L'expression "droit de cet État" désigne principalement le droit fiscal de cet État.

Article 4. Résident

1. Au sens de la présente Convention, l'expression "résident d'un État contractant" désigne toute personne qui, en vertu de la législation de cet État, est assujettie à l'impôt dans cet État en raison de son domicile, de sa résidence, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue. Toutefois, cette expression ne vise pas les personnes qui sont assujetties à l'impôt dans cet État uniquement à raison du revenu qu'elles tirent de sources situées dans ledit État ou du patrimoine qu'elles y possèdent.

2. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux États contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

a) Cette personne est considérée comme un résident de l'État où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent; si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux États elle est considérée comme un résident de l'État avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);

b) Si l'État où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des États, elle est considérée comme un résident de l'État où elle séjourne de façon habituelle;

c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux États ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme un résident de l'État dont elle possède la nationalité;

d) Si cette personne possède la nationalité des deux États ou si elle ne possède la nationalité d'aucun d'eux, les autorités compétentes des États contractants tranchent la question d'un commun accord.

3. Lorsque, selon les dispositions du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est un résident des deux États contractants, elle est considérée comme un résident de l'État où est situé son siège de direction effective.

Article 5. Établissement stable

1. Au sens de la présente Convention, l'expression "établissement stable" désigne une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

2. L'expression "établissement stable" comprend notamment :

- a) Un siège de direction;
- b) Une succursale;
- c) Un bureau;
- d) Une usine;
- e) Un atelier;
- f) Une mine, un puits de pétrole ou de gaz, une carrière ou tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

3. Un chantier de construction, d'installation ou de montage ou des activités de surveillance ne constituent un établissement permanent que si leur durée est supérieure à douze mois à compter du démarrage effectif des travaux.

4. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, on considère qu'il n'y a pas "établissement stable" lorsque :

- a) Des installations sont employées aux seules fins d'entreposer, exposer ou livrer des biens ou marchandises appartenant à l'entreprise;
- b) Un entrepôt de biens ou marchandises appartenant à l'entreprise est employé aux seules fins de stocker, exposer ou livrer ces biens ou marchandises;
- c) Un entrepôt de biens ou marchandises appartenant à l'entreprise est employé aux seules fins de leur transformation par une autre entreprise;
- d) Une installation fixe d'affaires est employée aux seules fins d'acheter des biens ou marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;
- e) Une installation fixe d'affaires est employée aux seules fins d'exercer, pour l'entreprise, toute autre activité de caractère préparatoire ou auxiliaire;
- f) Une installation fixe d'affaires est employée aux seules fins d'exercer simultanément plusieurs des activités visées aux paragraphes a) à e) ci-dessus, sous réserve que l'ensemble des activités menées dans l'installation fixe d'affaires conserve son caractère préparatoire ou auxiliaire.

5. Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2, lorsqu'une personne -- autre qu'un agent jouissant d'un statut indépendant auquel s'applique le paragraphe 6 -- agit dans un État contractant pour une entreprise et dispose dans un des États contractants du pouvoir, qu'elle y exerce habituellement, de conclure des contrats au nom de l'entreprise, on considère que cette entreprise a un établissement stable dans cet État pour toutes activités que cette personne exerce pour le compte de l'entreprise, à moins que les activités de cette personne ne soient limitées à celles qui sont énumérées au paragraphe 4 et qui, exercées dans une installation fixe d'affaires, ne feraient pas de cette installation fixe d'affaires un établissement stable au sens dudit paragraphe.

6. L'entreprise n'est pas réputée avoir un établissement stable dans l'autre État contractant du seul fait qu'elle y exerce des activités par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre agent jouissant d'un statut indépendant, pourvu que ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité.

7. Le fait qu'une société qui est un résident d'un État contractant contrôle ou est contrôlée par une société qui est un résident de l'autre État contractant ou qui y exerce son activité (que ce soit ou non par l'intermédiaire d'un établissement stable) ne suffit pas en lui-même à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

CHAPITRE III. IMPOSITION DES REVENUS ET DE LA FORTUNE

Article 6. Revenus immobiliers

1. Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de biens immeubles (y compris les revenus des exploitations agricoles ou forestières) situés dans l'autre État contractant peuvent être imposés dans cet autre État.

2. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immeubles.

3. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immeubles d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immeubles servant à l'exercice d'une profession indépendante.

Article 7. Bénéfices des entreprises

1. Les bénéfices d'une entreprise d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État à moins que l'entreprise n'exerce son activité dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, les bénéfices de l'entreprise sont imposables dans l'autre État, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables audit établissement stable.

2. Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, lorsqu'une entreprise d'un État contractant exerce son activité dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé, dans chaque État contractant, à cet établissement stable les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte exerçant des activités identiques ou analogues dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont il constitue un établissement stable.

3. Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont admises en déduction les dépenses exposées aux fins poursuivies par cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'autre État où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

4. Lorsqu'il apparaît impossible ou extrêmement difficile, dans un des États contractants, de déterminer dans certains cas particuliers les bénéfices qui sont imputables aux établissements stables en ce qui concerne les dispositions du paragraphe 2, aucune disposition dudit paragraphe n'empêche de déterminer les bénéfices imputables aux établissements sta-

bles sur la base de la répartition des bénéfices totaux de l'entreprise entre ses diverses parties; la méthode de répartition adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes contenus dans le présent article.

5. Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable pour la seule raison que celui-ci achète des biens ou des marchandises pour le compte de l'entreprise.

6. Aux fins des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont calculés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de les calculer autrement.

7. Lorsque les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans d'autres articles de la présente Convention, les dispositions desdits articles ne sont pas affectées par les dispositions du présent article.

Article 8. Navigation maritime et aérienne

1. Les bénéfices provenant de l'exploitation en trafic international de navires ou d'aéronefs ne sont imposables que dans l'État contractant où est situé le siège de direction effective de l'entreprise.

2. Si le siège de direction effective d'une entreprise de navigation est à bord d'un navire, ce siège est considéré comme situé dans l'État contractant où se trouve le port d'attache de ce navire ou, à défaut de port d'attache, dans l'État contractant où réside l'exploitant du navire.

3. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aussi aux bénéfices provenant de la participation à un pool, une exploitation en commun ou un organisme international d'exploitation.

4. Les dispositions des paragraphes ci-dessus n'affectent pas celles de la Convention entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Venezuela tendant à éviter la double imposition des entreprises de transport aérien et maritime, du 23 novembre 1987.

Article 9. Entreprises associées

Lorsque :

a) Une entreprise d'un État contractant participe directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre État contractant; ou que

b) Les mêmes personnes participent directement ou indirectement à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un État contractant et d'une entreprise de l'autre État contractant;

et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être en fait à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et imposés en conséquence.

Article 10. Dividendes

1. Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans l'État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, et selon la législation de cet État; mais si la personne qui reçoit les dividendes en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder :

a) 5 % du montant brut des dividendes payés à une société (autre qu'une société de personnes) qui détient directement au moins 15 % du capital de la société qui paie les dividendes;

b) 15 % du montant brut des dividendes dans tous les autres cas.

Le présent paragraphe n'affecte pas l'imposition de la société au titre des bénéfices qui servent au paiement des dividendes.

2. Le terme " dividendes " employé dans le présent article désigne :

a) Les revenus provenant d'actions, actions ou bons de jouissance, parts de mine, parts de fondateur ou autres parts bénéficiaires à l'exception des créances, qui permettent de participer aux bénéfices; et

b) Les revenus d'autres parts sociales soumis au même régime fiscal que les revenus d'actions par la législation de l'État dont la société distributrice est un résident.

3. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant dont la société qui paie les dividendes est un résident, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes s'y rattache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4. Lorsqu'une société qui est un résident d'un État contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre État contractant, cet autre État ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf dans la mesure où ces dividendes sont payés à un résident de cet autre État ou dans la mesure où la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe situés dans cet autre État, ni prélever aucun impôt, au titre de l'imposition des bénéfices non distribués, sur les bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre État.

Article 11. Intérêts

1. Les intérêts provenant d'un État contractant et payés à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans l'État contractant d'où ils proviennent et selon la législation de cet État; mais si la personne qui reçoit les intérêts en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 5 % du montant brut des intérêts.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 :

a) Les intérêts provenant de la République fédérale d'Allemagne et payés au Gouvernement de la République du Venezuela, à la Caisse vénézuélienne d'équipement (Fondo de

Inversiones de Venezuela), à la Caisse vénézuélienne de financement des exportations (Fondo de Financiamiento de la Exportaciones) ou à la Banque centrale du Venezuela (Banco Central de Venezuela) sont exempts de l'impôt allemand;

b) Les intérêts provenant de la République du Venezuela et payés au Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, à la Banque fédérale allemande (Deutsche Bundesbank), à l'Institut de crédit pour la reconstruction (Kreditanstalt für Wiederaufbau) ou à la Société allemande d'équipement et de développement (Deutsche Investitions und Entwicklungsgesellschaft), ainsi que les intérêts servis sur des prêts avalisés ou financés par le régime de garanties du Gouvernement allemand (Hermes) sont exempts de l'impôt vénézuélien.

3. Le terme "intérêts" employé dans le présent article désigne les revenus des créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur, et notamment les revenus des fonds publics et des obligations d'emprunts, y compris les primes et lots attachés à ces titres. Les pénalisations pour paiement tardif ne sont pas considérées comme des intérêts au sens du présent article.

4. Les dispositions des paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les intérêts soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe en question. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

5. Les intérêts sont considérés comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur en est cet État lui-même, un État fédéré, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non un résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable, ou une base fixe, pour lesquels la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui supportent la charge de ces intérêts, ceux-ci sont considérés comme provenant de l'État où est situé l'établissement stable ou la base fixe.

6. Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec des tiers, le montant des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 12. Redevances

1. Les redevances provenant d'un État contractant et payées à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans l'État contractant d'où elles proviennent et selon la législation de cet État mais si la personne qui reçoit les redevances en est le bénéficiaire effectif, l'impôt ainsi établi ne peut excéder 5 % du montant brut des redevances.

2. Le terme “ redevances ” employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une oeuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, d'un brevet, d'une marque de fabrique ou de commerce, d'un dessin ou d'un modèle, d'un plan, d'une formule ou d'un procédé secrets, ainsi que pour l'usage ou la concession de l'usage d'un équipement industriel, commercial ou scientifique et pour des informations ayant trait à des expériences d'ordre industriel, commercial, ou scientifique.

3. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des redevances, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les redevances, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur des redevances se rattache effectivement à l'établissement stable ou à la base fixe en question. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

4. Les redevances sont considérées comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur est cet État lui-même, un de ses États fédérés, une subdivision politique, une collectivité locale ou un résident de cet État. Toutefois, lorsque le débiteur des redevances, qu'il soit ou non un résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable, ou une base fixe, pour lesquels l'engagement donnant lieu aux redevances a été contracté et qui supportent la charge de ces redevances, celles-ci sont considérées comme provenant de l'État où sont situés l'établissement stable ou la base fixe.

5. Lorsque, en raison de relations spéciales existant entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou que l'un et l'autre entretiennent avec de tiers, le montant des redevances, compte tenu de la prestation pour laquelle elles sont payées, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte tenu des autres dispositions de la présente Convention.

Article 13. Plus-values

1. Les gains qu'un résident d'un État contractant tire de l'aliénation de biens immeubles situés dans l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

2. Les gains provenant de l'aliénation de biens meubles qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant, ou de biens meubles qui appartiennent à une base fixe qu'un résident d'un État contractant possède dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, y compris de tels gains provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seul ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre État.

3. Les gains provenant de l'aliénation de navires ou aéronefs exploités en trafic international, de bateaux ou de biens meubles affectés à l'exploitation de ces navires, aéronefs ou bateaux, ne sont imposables que dans l'État contractant où est situé le siège de direction effective de l'entreprise.

4. Les gains provenant de l'aliénation de tous biens autres que ceux visés aux paragraphes 1 à 3 ne sont imposables que dans l'État contractant dont le cédant est un résident.

5. Les dispositions du paragraphe 4 n'affectent pas le droit d'un État contractant d'imposer, en conformité avec sa législation, les gains tirés de l'aliénation d'actions ou parts d'actions bénéficiaires d'une société qui est un résident de cet État aux termes de sa législation et dont tout ou partie du capital est divisé en actions, que réalise un résident de l'autre État contractant, s'il a été résident du premier État pendant les cinq années qui ont précédé l'aliénation des actions ou parts d'actions bénéficiaires.

Article 14. Professions indépendantes

1. Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités de caractère indépendant ne sont imposables que dans cet État, sauf si ce résident dispose de façon habituelle, dans l'autre État contractant, d'une base fixe pour l'exercice de ses activités. Seuls sont imposables les revenus qui sont imputables à ladite base fixe.

2. L'expression " profession libérale" comprend notamment les activités indépendantes d'ordre scientifique, littéraire, artistique, éducatif ou pédagogique, ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Article 15. Professions dépendantes

1. Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19, les traitements, salaires et rémunérations analogues qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi ne sont imposables dans l'autre État que si l'emploi est exercé dans cet autre État.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi exercé dans l'autre État contractant ne sont imposables que dans le premier État si :

a) Le bénéficiaire séjourne dans l'autre État pendant une ou plusieurs périodes n'excédant pas au total cent quatre-vingt-trois jours au cours de l'année civile considérée;

b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre État; et

c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre État.

3. Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic international sont imposables dans l'État contractant où est situé le siège de direction effective de l'entreprise.

Article 16. Tantièmes d'administrateurs

Les tantièmes, jetons de présence et autres rétributions similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration ou de surveil-

lance d'une société qui est un résident de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

Article 17. Artistes du spectacle et sportifs

1. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de ses activités personnelles exercées dans l'autre État contractant en tant qu'artiste du spectacle tel qu'un artiste de théâtre, de cinéma, de radio ou de télévision, ou qu'un musicien, ou en tant que sportif, sont imposables dans cet autre État.

2. Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, lorsque les revenus d'activités qu'un artiste du spectacle ou qu'un sportif exerce personnellement et en cette qualité sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont imposables, dans l'État contractant où les activités de l'artiste ou du sportif sont exercées.

3. Les revenus visés au présent article ne sont cependant pas imposables dans l'État mentionné au paragraphe 1 lorsque l'activité est exercée par un résident de l'autre État contractant pendant une tournée financée directement ou indirectement par l'autre État ou par un des États fédérés ou une des subdivisions politiques, collectivités locales ou institutions reconnues d'utilité publique de cet autre État.

Article 18. Pensions

Sous réserve des dispositions du paragraphe 1 de l'article 19, les pensions et autres rémunérations similaires payées à un résident d'un État contractant au titre d'un emploi antérieur ne sont imposables que dans cet État.

Article 19. Rémunérations de fonctions publiques

1. Les rémunérations, y compris les pensions, payées par un État contractant ou l'un de ses États fédérés ou par une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales à une personne physique, au titre de services rendus à cet État ou à cet État fédéré ou à cette subdivision ou collectivité, ne sont imposables que dans cet État. Toutefois, ces rémunérations sont imposables exclusivement dans l'autre État contractant si les services sont rendus dans cet État et si la personne physique est un résident de cet État et ne possède pas la nationalité du premier État mentionné.

2. Les dispositions des articles 15, 16, et 18 s'appliquent aux rémunérations et pensions payées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée par un État contractant ou l'un de ses États fédérés ou par une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales.

3. Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux rémunérations payées au titre d'un programme de coopération pour le développement d'un État contractant ou de l'un de ses États fédérés ou de l'une de ses subdivisions politiques ou collectivités locales à des experts ou à des volontaires envoyés dans l'autre État contractant avec l'assentiment de celui-ci, à

condition que ces rémunérations proviennent de fonds fournis en totalité par le premier État contractant, son État fédéré, sa subdivision politique ou sa collectivité locale.

Article 20. Enseignants, étudiants et stagiaires

1. Lorsqu'une personne physique séjourne pendant deux ans au plus dans un État contractant, à l'invitation de cet État ou de l'une de ses universités ou écoles d'enseignement supérieur, ou d'un de ses collèges, musées ou autres établissements culturels, ou dans le cadre d'un échange culturel officiel, aux fins d'exercer une activité didactique, donner des cours ou réaliser des travaux de recherche dans de tels établissements, et que cette personne est un résident de l'autre État contractant, ou en était un résident immédiatement avant son départ pour le premier État mentionné, les rémunérations reçues aux fins de l'activité en question sont exemptes d'impôt dans ce premier État, dans la mesure où ces rémunérations ne proviennent pas de cet État.

2. Lorsqu'une personne physique qui se trouve dans un État contractant exclusivement comme

a) Étudiant d'une université, école d'enseignement supérieur ou collège de cet État contractant,

b) Apprenti ou assistant,

c) Titulaire de subsides ou d'une bourse d'entretien ou d'études versées par un organisme religieux, philanthropique, scientifique ou pédagogique, principalement à des fins d'études ou de recherches,

d) Collaborateur d'un programme de coopération technique auquel participe le Gouvernement de ce même État contractant,

et que cette personne est un résident de l'autre État contractant, ou en était un résident immédiatement avant son arrivée dans le premier État mentionné, les transferts de fonds reçus de l'étranger aux fins de défrayer ses dépenses d'entretien, d'études ou de formation sont exemptes d'impôt dans ce premier État.

Article 21. Autres revenus

1. Les revenus d'un résident d'un État contractant, d'où qu'ils proviennent, dont il n'est pas question dans les articles précédents de la présente Convention ne sont imposables que dans cet État.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, si un résident d'un État contractant tire dans l'autre État contractant des revenus provenant de l'affermage financier d'un bien immeuble (leasing) ou de fiducies, ces revenus sont imposables dans cet État.

3. Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas aux revenus autres que les revenus provenant de biens immeubles lorsque le bénéficiaire de tels revenus, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé soit une profession indépendante au moyen d'une base fixe qui y est située, et que le droit ou le bien générateur

des revenus s'y attache effectivement. Dans ces cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14, suivant le cas, sont applicables.

Article 22. Imposition de la fortune

1. La fortune constituée par des biens immeubles que possède un résident d'un État contractant et qui sont situés dans l'autre État contractant est imposable dans cet autre État.

2. La fortune constituée par des biens meubles qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant, ou par des biens meubles qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre État.

3. La fortune constituée par des navires et des aéronefs exploités en trafic international, ainsi que par des biens meubles affectés à l'exploitation de ces navires ou aéronefs, n'est imposable que dans l'État contractant où est situé le siège de direction effective de l'entreprise.

4. Tous les autres éléments de la fortune d'un résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

CHAPITRE IV. DISPOSITIONS VISANT À ÉVITER LES DOUBLES IMPOSITIONS

Article 23. Élimination des doubles impositions

I. Dans le cas d'un résident de la République fédérale d'Allemagne, l'impôt est calculé comme suit :

a) Les revenus perçus en République du Venezuela et les éléments de la fortune situés dans cet État qui, conformément aux dispositions de la présente Convention, sont imposables dans ce même État sont exemptés de l'impôt allemand dans la mesure où ils ne font pas l'objet d'une déduction prévue à l'alinéa b). Toutefois, la République fédérale d'Allemagne conserve le droit de tenir compte des revenus et des éléments de la fortune ainsi exemptés afin de fixer le taux d'imposition applicable.

Dans le cas de dividendes, l'exemption ne s'applique que s'ils sont payés à une société (à l'exception d'une société de personnes) qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne par une société qui est un résident de la République du Venezuela dont au moins 15 % du capital appartient directement à la société allemande.

Les participations sont exemptes de l'impôt sur la fortune dans le cas où leurs dividendes -- dès lors que ceux-ci sont distribués ou auraient dû l'être -- devraient ou auraient dû être exemptés conformément à ce qui est prévu dans la phrase précédente.

b) S'agissant des impôts allemands sur les revenus, sur les sociétés et sur la fortune applicables aux revenus perçus en République du Venezuela et des éléments de la fortune situés dans cet État qui sont énumérés ci-après, on applique, sous réserve de la législation fiscale allemande en matière de déductions fiscales concernant les impôts étrangers, la déduction de l'impôt vénézuélien payé conformément à la législation vénézuélienne et à la présente Convention pour ce qui est :

- aa) Des dividendes non visés à l'alinéa a);
- bb) Des intérêts;
- cc) Des redevances;
- dd) Des tantièmes d'administrateurs;
- ee) Des revenus des artistes du spectacle et des sportifs;
- ff) Des biens immeubles et des revenus qu'ils produisent.

Ce qui précède ne s'applique pas aux biens immeubles qui appartiennent effectivement à un établissement stable du type mentionné à l'article 7 et situé en République du Venezuela, ou appartenant à une base fixe au sens de l'article 14 qui est située en République du Venezuela, lorsque l'alinéa a) n'est pas applicable aux bénéficiaires de l'établissement stable conformément à ce que prévoit l'alinéa d).

- gg) Des revenus dont il est question au paragraphe 5 de l'article 13;
- hh) Des revenus dont il est question au paragraphe 3 de l'article 21.

c) Lorsque le Venezuela réduit temporairement les taux des impôts intérieurs au titre d'un programme d'encouragement fiscal visant à favoriser le développement économique du pays, on considère, aux fins de la déduction prévue au paragraphe précédent, que l'impôt vénézuélien est payé à concurrence des pourcentages ci-après pendant une période de 10 ans à partir de son entrée en vigueur :

- aa) 15 % du montant brut des dividendes visés au sous-alinéa aa);
- bb) 5 % du montant brut des intérêts visés au sous-alinéa bb);
- cc) 5 % du montant brut des redevances visées au sous-alinéa cc);

d) Nonobstant les dispositions de l'alinéa a), les revenus au sens des articles 7 et 10 et les gains tirés de l'aliénation du capital d'exploitation d'un établissement stable, ainsi que les éléments de la fortune d'où proviennent ces gains, ne sont exempts de l'impôt allemand qu'à condition que le résident de la République fédérale allemande établisse que les revenus de l'établissement stable ou de la société proviennent exclusivement ou quasi exclusivement d'activités véritables.

En ce qui concerne les revenus au sens de l'article 10 et les éléments de la fortune dont ils proviennent, l'exemption s'applique également lorsque les dividendes proviennent de participations dans d'autres sociétés qui sont des résidents de la République du Venezuela, qui réalisent des activités véritables et dans lesquelles la société qui procède à la dernière répartition a une participation d'au moins 25 %.

Constituent des activités véritables la production et la vente de biens ou de marchandises, la fourniture de conseils ou de services techniques et les activités de banque et d'assurance réalisées en République du Venezuela.

Lorsque ces conditions ne sont pas remplies, seule est appliquée la déduction prévue à l'alinéa b), sous réserve de la déduction théorique calculée comme il est prévu à l'alinéa c).

2. Dans le cas d'un résident de la République du Venezuela, l'impôt est calculé comme suit :

Lorsqu'un résident du Venezuela tire un revenu qui, conformément aux dispositions de la présente Convention, est imposable en République fédérale d'Allemagne, ledit revenu est exempté de l'impôt vénézuélien.

CHAPITRE V. DISPOSITIONS PARTICULIÈRES

Article 24. Non-discrimination

1. Les ressortissants d'un État contractant ne sont soumis dans l'autre État contractant à aucune imposition ou obligation y relative, qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être assujettis les ressortissants de cet autre État qui se trouvent dans la même situation. Nonobstant les dispositions de l'article premier, la présente disposition s'applique aussi aux personnes qui ne sont résidents ni de l'un ni de l'autre des deux États contractants.

2. L'imposition d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant n'est pas établie dans cet autre État d'une façon moins favorable que l'imposition des entreprises de cet autre État qui exercent les mêmes activités. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un État contractant à accorder aux résidents de l'autre État contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt en fonction de la situation ou des charges de famille qu'il accorde à ses propres résidents.

3. À moins que les dispositions de l'article 9, du paragraphe 6 de l'article 11, ou du paragraphe 5 de l'article 12 ne soient applicables, les intérêts, redevances et autres dépenses payés par une entreprise d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont déductibles, pour la détermination des bénéfices imposables de cette entreprise, dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident du premier État. De même, les dettes d'une entreprise d'un État contractant envers un résident de l'autre État contractant sont déductibles, pour la détermination de la fortune imposable de cette entreprise, dans les mêmes conditions que si elles avaient été contractées envers un résident du premier État.

4. Les entreprises d'un État contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre État contractant, ne sont soumises dans le premier État à aucune imposition ou obligation y relative qui est autre ou plus lourde que celles auxquelles sont ou peuvent être assujetties les autres entreprises similaires du premier État.

5. Nonobstant les dispositions de l'article 2, les dispositions du présent article s'appliquent aux impôts de toute nature ou dénomination.

Article 25. Procédure amiable

1. Lorsqu'une personne estime que les mesures prises par un État contractant ou par les deux États contractants entraînent ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions de la présente Convention, elle peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces États, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'État contractant dont elle est un résident ou, si son cas relève du paragraphe 1 de l'article 24, à celle de

l'État contractant dont elle est un ressortissant. Le cas doit être soumis dans un délai de deux ans à partir de la première notification des mesures qui entraînent une imposition non conforme aux dispositions de la Convention.

2. L'autorité compétente s'efforce, si la réclamation lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, de résoudre le cas par voie d'accord amiable avec l'autorité compétente de l'autre État contractant, en vue d'éviter une imposition non conforme à la présente Convention. L'accord est appliqué quels que soient les délais prévus par le droit interne des États contractants.

3. Les autorités compétentes des États contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu l'interprétation ou l'application de la Convention. Elles peuvent aussi se concerter en vue d'éliminer la double imposition dans les cas non prévus par la Convention.

4. Les autorités compétentes des États contractants peuvent convenir, par voie d'accord amiable, les modalités des réductions d'impôt prévues par la présente Convention.

5. Les autorités compétentes des États contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord comme il est indiqué aux paragraphes précédents.

Article 26. Échange de renseignements

1. Les autorités compétentes des États contractants échangent les renseignements nécessaires pour appliquer les dispositions de la présente Convention. Les renseignements reçus par un État contractant sont tenus secrets de la même manière que les renseignements obtenus en application de la législation interne de cet État et ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et organes administratifs) concernés par l'établissement ou le recouvrement des impôts visés par la Convention, par les procédures ou poursuites concernant ces impôts, ou par les décisions sur les recours relatifs à ces impôts. Ces personnes ou autorités n'utilisent ces renseignements qu'à ces fins. Elles peuvent faire état de ces renseignements au cours d'audiences publiques de tribunaux ou dans des jugements.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un État contractant l'obligation :

a) De prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation et à sa pratique administrative ou à celles de l'autre État contractant;

b) De fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de sa pratique administrative normale ou de celles de l'autre État contractant;

c) De fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel, professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

Article 27. Agents diplomatiques et fonctionnaires consulaires

1. Les dispositions de la présente Convention ne portent pas atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les agents diplomatiques ou les fonctionnaires consulaires en vertu soit des règles générales du droit des gens soit des dispositions d'accords particuliers.

2. Nonobstant les dispositions de l'article 4, les personnes physiques qui sont membres d'une mission diplomatique ou d'un poste consulaire d'un État contractant, situé dans l'autre État contractant ou dans un État tiers, sont considérées, aux fins de la présente Convention, comme des résidents de l'État accréditant lorsque :

a) Conformément au droit international, leurs revenus provenant de sources situées hors de l'État accréditaire ne sont pas imposables dans cet État; et

b) Ces personnes sont assujetties dans l'État d'origine aux mêmes obligations fiscales à l'égard de leurs revenus globaux que les résidents dudit État.

Article 28. Entrée en vigueur

La présente Convention entrera en vigueur à la date à laquelle les Gouvernements des États contractants se seront mutuellement notifiés par écrit l'accomplissement des formalités constitutionnelles respectives prescrites à cet effet, et ses dispositions s'appliqueront :

a) S'agissant des impôts sur les dividendes, intérêts et redevances, perçus par retenue à la source aux sommes payées à partir du 1er janvier de l'année civile de l'entrée en vigueur de la présente Convention;

b) S'agissant des autres impôts aux montants perçus pour les périodes commençant le 1er janvier de l'année civile de l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 29. Durée et dénonciation

La présente Convention a une durée indéfinie mais chacun des États contractants peut la dénoncer vis-à-vis de l'autre État contractant par écrit et par la voie diplomatique, au plus tard le 30 juin de toute année civile postérieure à l'expiration d'une période de cinq ans à compter de son entrée en vigueur; dans ce cas, la Convention cesse de s'appliquer :

a) S'agissant des impôts sur les dividendes, intérêts et redevances, perçus par retenue à la source aux sommes payées à partir du 1er janvier de l'année civile suivant immédiatement la notification de la dénonciation;

b) S'agissant des autres impôts, aux montants perçus pour les périodes commençant le 1er janvier de l'année civile suivant immédiatement la notification de la dénonciation.

Fait à Caracas, le 8 février 1995, en deux exemplaires originaux établis en espagnol et en allemand, les deux textes faisant également foi.

Pour la République du Venezuela :

MIGUEL ANGEL BURELLI RIVAS

Pour la République fédérale d'Allemagne :

WILFRIED RITCHER

PROTOCOLE

La République du Venezuela et la République fédérale d'Allemagne

À l'occasion de la signature de la Convention entre les deux États tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune, faite à Caracas le 8 février 1995, les soussignés sont convenus des dispositions ci-après qui forment partie intégrante de la Convention.

1. S'agissant de l'article 7

a) Les bénéfices résultant des activités d'un chantier de construction, d'installation ou de montage, ne peuvent être imputés à ce chantier que dans l'État où se trouve l'établissement stable. Les bénéfices tirés de livraisons de marchandises de l'établissement stable principal à un autre établissement stable de l'entreprise ou d'un tiers, qui proviennent des dites activités ou sont réalisés indépendamment de celles-ci, ne sont pas imputés au chantier de construction, d'installation ou de montage.

b) Les revenus provenant d'activités de planification, de projection, de construction ou de recherche et de services techniques, réalisées dans un État contractant par un résident de cet État en rapport avec un établissement stable maintenu dans l'autre État contractant, ne sont pas imputables audit établissement.

c) Il est entendu que les paiements réalisés en rapport avec l'assistance technique sont considérés comme des bénéfices d'entreprises en vertu de l'article 7.

2. S'agissant de l'article 10

S'agissant du paragraphe 2 de l'article 10, aux fins de l'imposition en République fédérale d'Allemagne, le terme "dividendes" comprend les revenus touchés par un associé passif (stillter Gesellschafter) pour sa participation en cette qualité et les distributions de bénéfices relatives aux certificats de participation dans des sociétés d'investissement.

3. S'agissant des articles 10 et 11

Nonobstant les dispositions de ces deux articles, les dividendes et intérêts peuvent être imposés dans l'État contractant d'où ils proviennent, conformément à la législation de cet État :

a) Lorsqu'ils sont fondés sur des droits ou sur des créances qui impliquent une participation aux bénéfices (y compris les revenus d'un associé passif au titre de sa participation ou d'un prêt ayant le caractère d'une participation aux bénéfices ou d'obligations à intérêt variable au sens de la législation fiscale de la République fédérale d'Allemagne); et

b) Lorsqu'ils sont déductibles aux fins du calcul des bénéfices du débiteur des dividendes ou intérêts.

4. S'agissant de l'article 23

Lorsqu'une société qui est un résident de la République fédérale d'Allemagne emploie des revenus provenant de sources situées en République du Venezuela pour procéder à la distribution correspondante, le paragraphe 1 ne fait pas obstacle à l'imposition conformément aux dispositions de la législation fiscale allemande.

5. S'agissant des articles 23 et 25

La République fédérale d'Allemagne évitera la double imposition par voie de déduction fiscale comme en dispose l'alinéa b) du paragraphe 1 de l'article 23 et non par voie d'exemption fiscale comme en dispose l'alinéa a) du paragraphe 1 de l'article 23 si :

a) Dans les États contractants, les revenus ou les éléments de la fortune ressortissent à différentes dispositions de la Convention ou sont attribués à des personnes distinctes (sauf les personnes mentionnées à l'article 9), lorsque ce conflit ne peut être réglé par la procédure prévue à l'article 25; et

aa) Si de ce fait lesdits revenus ou éléments de la fortune sont l'objet d'une double imposition; ou

bb) Si de ce fait lesdits revenus ou éléments de la fortune ne sont pas imposés ou sont imposés insuffisamment en République du Venezuela et demeurent (sous réserve de l'application du présent paragraphe) exempts d'impôts en République fédérale d'Allemagne; ou

b) Si la République fédérale d'Allemagne a notifié par voie diplomatique à la République du Venezuela, à titre de consultation préalable et sous réserve des restrictions découlant de son droit interne, qu'elle entend appliquer le présent paragraphe à d'autres revenus afin d'éviter que ces revenus ne soient exemptés d'impôt dans les deux États contractants ou de faire échec à toute autre man oeuvre visant à contourner l'application de la présente Convention.

Dans le cas d'une notification conforme à l'alinéa b), la République du Venezuela peut, sous réserve d'une notification par la voie diplomatique, caractériser lesdits revenus en vertu de la présente Convention conformément à la caractérisation desdits revenus par la République fédérale d'Allemagne. La notification conforme aux dispositions du présent paragraphe déploie ses effets à partir du premier jour de l'année civile suivant la notification, dès lors que sont satisfaites toutes les conditions prescrites à cet effet par le droit interne de l'État dont émane ladite notification.

6. S'agissant de l'article 26

La communication de renseignements personnels faite en application de l'article 26 est assujettie en outre aux principes énoncés ci-après, conformément aux dispositions du droit en vigueur pour chacun des États contractants :

a) Les États contractants dont émanent les communications sont tenus à veiller à l'exactitude des renseignements communiqués. S'il est constaté que les renseignements communiqués sont erronés ou que leur communication n'était pas autorisée, ce fait doit être communiqué sans délai au destinataire des renseignements. Ce dernier est tenu de corriger ou de détruire les renseignements en question.

b) Les États contractants sont tenus de donner acte de la communication et de la réception de renseignements personnels.

c) Les États contractants sont tenus de protéger soigneusement les renseignements personnels communiqués contre toute consultation, modification ou divulgation non autorisée.

d) L'intéressé qui en fait la demande doit recevoir communication des renseignements personnels existant à son sujet ainsi que des fins auxquelles ils ont été compilés. Il est fait dérogation à cette obligation lorsque, compte dûment tenu des circonstances, la non-com-

munication des renseignements en question l'emporte, du point de vue de l'intérêt public, sur l'intérêt du demandeur à en être informé.

e) Le droit de l'intéressé à recevoir communication des renseignements personnels existant à son sujet est régi par la législation interne de l'État contractant sur le territoire duquel la communication est demandée.